

NACHRICHTEN

Lützerath: Ein aktueller Bericht aus dem Widerstands-Dorf am Braunkohle-Tagebau Garzweiler.

3

PROJEKTE

Gegen den Tod auf See: Das »Alarm Phone« kommuniziert mit Geflüchteten auf dem Meer.

4

BIOTONNE

Im Knast: Der Film »Ella« dokumentiert den politischen Prozess gegen eine Umweltaktivistin.

13

KUNST&KULTUR

Die Kölner Ausstellung »AnSchläge« widmet sich der Mediengeschichte sozialer Bewegungen.

15

SCHWERPUNKT



▲ Dieser Comic war eine der ersten Werbemaßnahmen vom Buskollektiv »Extratour«, das 1986 gegründet wurde und seit eineinhalb Jahren mit den Folgen der Corona-Maßnahmen zu kämpfen hat.

Bild: Auf Extratour

Kollektive Krisenbewältigung

Im Zuge der Corona-Pandemie hat die Politik Maßnahmen ergriffen, die sich erheblich auf die Wirtschaft ausgewirkt haben. Wie sind Kollektivbetriebe mit den Einschränkungen umgegangen? Und haben sie dank ihrer hierarchiearmen Strukturen andere Lösungen gefunden, um durch die Krise zu kommen?

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Als Zeitung für Selbstorganisation will die CONTRASTE auch und vor allem in einer so turbulenten Zeit wie der Corona-Krise den Fokus auf solidarische und kollektive Projekte richten und darüber berichten, wie sie mit den einhergehenden Herausforderungen umgegangen sind und umgehen. Seien es finanzielle Engpässe oder gar existenzbedrohende Ausfälle, der Wegfall von persönlichen Treffen und gemeinsamen Arbeitsbereichen oder die zusätzlichen Belastungen im Arbeitsalltag durch sich ständig verändernde Rahmenbedingungen.

Für den Schwerpunkt haben wir eine Vielzahl von Kollektivbetrieben

angefragt und sie gebeten, uns an ihren Erfahrungen der letzten Monate teilhaben zu lassen. Wir wollten wissen, inwiefern sie von den Corona-Maßnahmen betroffen waren und wie sie als Kollektiv darauf reagiert haben. Erfreulicherweise haben sich Kollektive aus unterschiedlichen Bereichen und verschiedenen Städten zurückgemeldet. So ist ein lesenswerter und abwechslungsreicher Schwerpunkt entstanden, der vor allem eines deutlich macht: Die Kollektive waren handlungsfähig und haben versucht, die Belange aller Betroffenen miteinzubeziehen. Oder wie das Café-Kollektiv aus Marburg (Seite 10) schreibt: »Unsere Struktur, die von Solidarität, gleichen Rechten und konsensuellen

Aushandlungsprozessen bestimmt ist, hat ihre großen Stärken gezeigt.«

Die finanziellen Einschnitte waren für alle Kollektive die größte Herausforderung – und sind es teilweise immer noch. Staatliche Hilfen und/oder Kurzarbeitergeld wurden zwar in Anspruch genommen, haben aber oft nicht gereicht. So war es auch die Solidarität von außen, die die Betriebe am Laufen gehalten hat. Die Regenbogenfabrik in Berlin (Seite 11) hat Spenden aus ihrem jahrzehntelang aufgebauten Netzwerk erhalten – und konnte so die Existenzangst vorübergehend überwinden. Und auch interne Solidarität erhöht die Resilienz, wie das Locura-Kollektiv aus Köln berichtet (Seite 9): »Dadurch dass wir unseren Lohn

selbst bestimmen und finanziell solidarisch sind, uns gegenseitig sichern, haben wir eine viel höhere Resilienz.« Trotzdem haben die Betriebe an finanzieller Sicherheit eingebüßt, Rücklagen aufgebraucht und Investitionen verschoben.

Auch ein Gefühl von Isolation konnten die Kollektive teilweise nicht vermeiden, wenn es keinen Kontakt mehr zu Gästen gab, nur noch in festen Teams gearbeitet wurde oder Arbeitsbereiche zueinander Abstand gehalten haben. Gemeinsame Treffen und Plena haben nicht mehr stattgefunden oder wurden ins Internet verlagert, während die Kollektivist*innen auch damit beschäftigt waren, ihr Privatleben auf die Reihe zu kriegen.

Die Krise wird auf jeden Fall weiterhin Spuren hinterlassen. Ein Zurück zum alten Tagesgeschäft sei keine leichte Aufgabe, schreibt Michael Spiegel vom »Arsch und Friedrich«-Kollektiv in Nürnberg (Seite 10). Und teilweise ist ein Zurück auch noch gar nicht möglich. Für das ehemalige Buskollektiv »Auf Extratour« aus Köln (Seite 12) ist immer noch unklar, welche Reisen stattfinden dürfen. Von Planungssicherheit kann also noch keine Rede sein. Trotzdem sind alle Kollektive vorsichtig optimistisch und sind sich einig, dass sie weitermachen wollen.

Link: kollektivliste.org

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

ZAD RHEINLAND

Rechtsstreit um Lützerath geht in die zweite Instanz

Der Rechtsstreit zwischen dem letzten Landwirt des bedrohten Dorfes Lützerath und dem Kohlekonzern RWE geht in die nächste Instanz. Landwirt Eckardt Heukamp wehrt sich gegen seine Enteignung durch RWE und das Land Nordrhein-Westfalen, die im Namen des Gemeinwohls geschehen soll. Kritiker*innen halten die Enteignung im Angesicht der Klimakrise nicht für rechtens, da der Abbau von Braunkohle nicht dem Gemeinwohl entspreche.

ALLE DÖRFER BLEIBEN

Mit der Besitzeinweisung würde Heukamps Grundstück ab dem 1. November 2021 in den Besitz von RWE übergehen, ohne dass abschließend geklärt ist, ob der Landwirt wirklich enteignet werden darf. RWE hat angekündigt, im Anschluss an die Besitzeinweisung Heukamps Hof abreißen zu wollen und das Land abzubaggern.

»Ich bewirtschafte diesen Hof in der vierten Generation. Es darf doch nicht sein, dass RWE mein Zuhause abreißen darf, noch bevor die Gerichte in letzter Instanz geklärt haben, ob man heutzutage überhaupt noch

Menschen für den Abbau klimaschädlicher Braunkohle enteignen darf«, so Eckardt Heukamp.

Wissenschaftler*innen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung haben berechnet, dass der Tagebau Garzweiler nicht mehr ausgeweitet werden darf, wenn Deutschland seinen Beitrag zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze der Klimaerhitzung einhalten will.

Das Verwaltungsgericht Aachen hat in der ersten Instanz im Rahmen einer Eilentscheidung entschieden, dass der Übergang von Heukamps Hof in den Besitz von RWE rechtens ist,

die Entscheidung in der Hauptsache also nicht abgewartet werden muss. Heukamp legt nun mit seiner Anwältin Dr. Roda Verheyen Beschwerde gegen das Urteil beim Oberverwaltungsgericht Münster ein.

Verheyen war im Frühjahr bereits an der erfolgreichen Verfassungsbeschwerde zum Klimaschutzgesetz beteiligt, in deren Folge die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele anheben musste. Sie kommentiert: »Der Tagebau Garzweiler II wird nicht mehr wie von RWE vorgesehen ausgekohlt, das ist für jede*n offensichtlich, der die Entscheidung des

Bundesverfassungsgerichts vom März 2021 gelesen hat. Es sollte also klar sein, dass die nach den alten Regeln und letztlich auf verfassungswidriger Grundlage geplante Inanspruchnahme von Lützerath und damit des Hofes meines Mandanten nicht im öffentlichen Interesse ist. Im öffentlichen Interesse ist aber wirksamer Klimaschutz, er ist sogar nötig zum Schutz von Freiheitsrechten, so die Richter in Karlsruhe.«

Lest dazu auch den Artikel auf Seite 3.

Link: www.alle-doerfer-bleiben.de

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN LÜTZERATH, ZAD RHEINLAND REISE DER ZAPATISTAS	SEITE 3	SCHWERPUNKT LOCURA, KÖLN	SEITE 9
PROJEKTE WATCHTHEMED ALARM PHONE NETZWERK SELBSTHILFE	SEITE 4	CAFÉ-KOLLEKTIV, MARBURG ARSCH UND FRIEDRICH, NÜRNBERG	SEITE 10
PROJEKTE KOPERNIKUS, HANNOVER	SEITE 5	REGENBOGENFABRIK, BERLIN	SEITE 11
BEWEGUNG FRIEDENSDELEGATION IN KURDISTAN	SEITE 6	AUF EXTRATOUR, KÖLN	SEITE 12
GENOSSENSCHAFTEN GREEN PLANET ENERGY, HAMBURG ELEKTRIZITÄTSWERKE SCHÖNAU	SEITE 7	BIOTONNE DER FILM »ELLA«	SEITE 13
GENOSSENSCHAFTEN BÜRGERWERKE, HEIDELBERG BUCHBESPRECHUNG	SEITE 8	KUNST & KULTUR 120 JAHRE WANDERVOGEL 120 JAHRE ESCUELA MODERNA	SEITE 14
		KUNST & KULTUR AUSSTELLUNG »ANSCHLÄGE«	SEITE 15
		TERMINE, KLEINANZEIGEN KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	SEITE 16

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contrastE abonnieren!

- Standard-Abo** (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich (51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)
 - Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich
 - Kollektiv-Abo** (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich
 - Fördermitgliedschaft** mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich
- Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.
- Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.
- Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2022

8.000 Euro für die CONTRASTE

Liebe Leser*innen,

ihr habt entschieden: Wir unentwegten Redakteur*innen und Autor*innen dürfen weitermachen, da die benötigten 8.000 Euro für die Spendenaktion 2021 eingegangen sind und die Finanzlöcher gestopft werden konnten. Vielen Dank. Wir dürfen nicht nur, wir wollen natürlich auch weiterhin Monat für Monat von Neuem im Alten schreiben. Wir wollen vor allem Positives berichten, von gelungenen Aktionen, von neu gegründeten Projekten, von Möglichkeiten, den Kapitalismus nicht mehr zu weben. Wir wollen zeigen, dass Menschen sich nicht nur eine andere Welt wünschen, sondern dass sich Wagemutige weltweit trotz aller Widrigkeiten auf den Weg machen, immer wieder und immer mehr.

Eines der jüngsten Beispiele ist die Reise von Delegierten der mexikanischen Zapatistas und des CNI (Nationaler Kongress der Indigenen). Das bürokratische Monster – in Mexiko wie in Europa – wollte sie nicht fliegen lassen. Nach Monaten der Starre sind sie nun doch in Österreich gelandet und tragen nun drei Monate lang ihre »Fackel für das Leben« von Land zu Land. Ebenso wagemutig bitten wir vom CONTRASTE-Projekt wiederum um 8.000 Euro Unterstützung. Weil die Zahl der Abos und Förderabos zwar stabil geblieben ist, wir aber etwa 200 zahlende Leser*innen mehr bräuchten, um uns insgesamt zu stabilisieren. Wie die Zapatistas machen wir einfach weiter in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Macht mit.

144 Euro gingen bereits an Spenden ein. Drei neue Abos wurden bestellt, darunter die Umwandlung eines Schnupperabos. Eine neue Fördermitgliedschaft kam dazu, ein bisheriges Abo wurde in ein Förderabo gewandelt. 36-mal wurde geschnuppert. Vielen Dank.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contrastE.org. Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

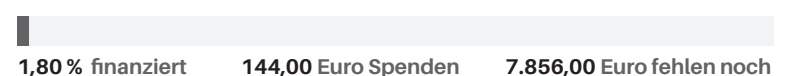
Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

S.P.	5,00
K.S.	49,00
O.P.	12,00
W.P.	40,00
A.B.	20,00
L.C+M.L.	8,00
J.H.	10,00

IN DIESER AUSGABEN WURDEN DIE FARBSEITEN 4, 7, 8 UND 13 EXTERN FINANZIERT.

Spententicker »Aktion 2021«



Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **7.856,00 Euro.**

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

»ES LÄSST SICH PRIVAT NICHT MEHR RICHTIG LEBEN«

VON ULI FRANK

So lautet Adornos berühmter Satz aus seinen minima moralia in der Erstfassung. Heute ist er sein bekanntestes Zitat: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.«

Allmählich wird es wirklich Zeit, dass ich von meiner Lieblingskneipe erzähle. Die Liebe begann, als ich dort bei meinem ersten Besuch meine Zeche nicht bezahlen konnte. »Das Geld kannst du mitbringen, wenn du wiederkommst!« sagte Erich, der Wirt – ohne mich zu kennen. Ich hatte die Kneipe als öde Landschenke in Erinnerung, in der sonntags einige Männer mit Bier und Schnaps an der Theke standen. Erich hat mitten auf dem Land vor vielen Jahren eine attraktive Szene-Kneipe draus gemacht. Er ist Filmemacher und dreht seine Filme mit seinen Gästen und Mitarbeiter*innen.

Die Drehtage sind genau so schön wie die Abende in seiner Kneipe: Erich sorgt für aufwändige Kostümierung, Ausstattung, Maske und professionelle Technik sowie für Essen und Getränke. Seine Gäste sind eigentlich seine Freunde. Als die Kneipe wegen Corona geschlossen werden musste, sammelten viele von ihnen spontan Geld, um ihren Lieblingsort am Leben zu erhalten. Als ich der kellnernden Studentin Lena sagte, ich fände die Kneipe die schönste der Welt, antwortete sie, ihre Eltern würden dasselbe sagen und sie sei schon als Kind dorthin mitgenommen worden. Manni gestaltet den wunderschönen exotischen Garten. Gerade hat er alte Stühle aus einem Restaurant organisiert und diese liebevoll restauriert. Für ihn ist der Ort nicht nur Stammkneipe und Arbeitsplatz, sondern Wohnzimmer, in dem er sich fast jeden Abend aufhält.

Auch ich treffe mich dort möglichst oft mit Freundinnen und Freunden und führe auch meine Gäste gerne dorthin. Schade, dass der Betrieb nicht ohne Geld und Tauschlogik funktioniert. Wir versuchen diesen Makel zu entschärfen, indem wir uns gegenseitig einladen, ohne genau gegenzurechnen. Bezahlen kann man ja, so viel man will – allerdings natürlich nicht weniger als die Reproduktionskosten des Lokals: Es gibt so viel Schönes dort zu sehen und zu erleben, dass man das Projekt gerne unterstützt. Ich habe auch schon das Doppelte meiner Zeche für diesen tollen Ort gegeben.

Vor einigen Monaten kam Erich feierlich an unseren Tisch. Ihm sei etwas Unglaubliches zugefallen: Julia, auch eine junge Stammgästin und Uni-Dozentin wolle die Kneipe übernehmen! Sie hat einen guten Job, aber möchte zusammen mit ihrer Familie und vielen Freunden diesen schönen Ort für die Menschen erhalten und dort noch mehr kulturelle Veranstaltungen und Betätigungsmöglichkeiten anbieten. Am nächsten Samstag tritt zum Beispiel ihr Bruder mit seiner Combo auf. Er ist ein fantastischer Gitarrist.

Die »Kastanie« fühlt sich nicht wie ein Service-Betrieb an, wo das kommerzielle Interesse im Vordergrund steht – eher wie ein Treffpunkt, eine zeitlich begrenzte Gemeinschaft, vertraut, aber ohne gegenseitige Verpflichtung. Die traditionelle Tauschwert-Gebundenheit ist leider nicht aufgehoben, überlagert aber nicht den Gebrauchswert der gesellschaftlichen Begegnung. Auch wenn der Aufenthalt noch Geld kostet, verdirbt diese »falsche« Basis nicht die Vorfriede auf »ein richtiges Leben«.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contrastE.org

LÜTZERATH - DIE ZAD RHEINLAND

Ein Widerstands-Dorf am Braunkohle-Tagebau Garzweiler



▲ Wenn das 1,5 Grad-Ziel erreicht werden soll, darf Lützerath nicht abgebaggert werden.



▲ »Alle Dörfer bleiben« gehört zu den Bürgerinitiativen rund um den Tagebau Garzweiler, die unter anderem den Ort Lützerath verteidigen. Fotos: Sauerwein

Der kleine Ort Lützerath ist der aktuelle Brennpunkt bzw. Kristallisationspunkt der Klimagerechtigkeits-Bewegung. Vor Lützerath verläuft die »1,5 Grad-Grenze«. Hier müssen die Braunkohle-Bagger gestoppt werden. Die weitere extrem klimaschädliche Verbrennung bzw. Verstromung der Braunkohle würde bedeuten, dass Deutschland seinen notwendigen Beitrag zum Pariser Klima-Abkommen nicht einhalten kann und die Erderhitzung weiter ansteigen wird.

EMILIO WEINBERG, KÖLN

Im Moment sind in Lützerath einige hundert Aktivist*innen, die hier einen Ort selbstorganisierten widerständigen Lebens schaffen – in mehreren gemieteten Wohnhäusern, in den Baumhäusern, Wohnwagen und Zelten. Täglich liefern solidarische Menschen aus der Region und auch manchmal von weit her, Material an. Es entstehen ständig neue Baumhäuser bzw. Strukturen, die eine Räumung sehr erschweren. Awareness-Bereiche und die Küche für alle (Küfa) sind aufgrund der langjährigen Erfahrungen in den Klima-Camps im Rheinischen Braunkohlerevier sehr gut organisiert, ebenso wie die täglichen Plena und auch die Art und Weise der Bezugsgruppenbildung zur Aktionsvorbereitung.

Die hier gelebte herrschaftskritische solidarische Organisationskultur führt

dazu, dass alle sich hier meistens sehr wohlfühlen trotz der zugleich bedrückenden wie empörenden Nähe zu dem unfassbarem Zerstörungswerk durch RWE. Nicht nur die CO₂-Emissionen sind destruktiv. Die bei der Braunkohle-Verbrennung entstehenden Feinstaub-, Stickoxid- und Quecksilber-Emissionen sind ein echter Gift-Cocktail. Diese verursachen unter anderem Krebserkrankungen und vorzeitige Todesfälle. Der verantwortliche RWE-Power-Vorstand wurde schon 2018 von 15 Kölner Rechtsanwält*innen wegen Tötungsdelikten angezeigt. Leider vergeblich. Aber: Die Vielen nicht bekannte Aarhus-Konvention bietet weitere rechtliche Möglichkeiten durch die Regelung des Zugangs zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Art. 9). Dieses Übereinkommen ist der erste völkerrechtliche Vertrag, der jeder Person Rechte im Umweltschutz zuschreibt.

Erinnerungen an die »Freie Republik Wendland«

Die zivilgesellschaftliche Initiative »RWE-Tribunal« in der Tradition der »Russell-Tribunale« hatte im Juni ebenfalls in Lützerath das erste von vier Tribunalen veranstaltet. Zahlreiche Zeug*innen, Betroffene aus dem Revier, auch Sachverständige schilderten die traumatisierende Wirkung von Zwangsumsiedlungen,

die gesundheitsschädlichen Folgen der Braunkohle-Verstromung und die Polizei-Gewalt gegenüber den Menschen, die sich dagegen zu Wehr setzen. Manche ältere Aktivist*innen aus der Anti-Atom-Bewegung fühlen sich in Lützerath erinnert an die »Freie Republik Wendland« im Jahr 1980.

Die seit Juli 2020 bestehende Dauer-Mahnwache, jetzt nur noch rund 150 Meter entfernt von den Tag und Nacht vordringenden Baggern, ist der Anlaufpunkt für Menschen, die zum ersten Mal nach Lützerath kommen. Auch in dem vom Abriss bedrohten Nachbardorf Keyenberg ist eine wunderbare Waldbesetzung entstanden: »Unser Aller Wald«. Auch hier sind Menschen eingeladen, mitzumachen. Im Sommer war hier auch eine Delegation der Zapatistas mehrere Tage zu Gast.

An den kommenden Sonntagen werden die von Michael Zobel und Eva Töller gestalteten und inzwischen bundesweit bekannten Wald- bzw. Dorfspaziergänge stattfinden. Am 17. Oktober waren über 700 Menschen dabei. Am 31. Oktober werden hoffentlich wieder tausende Menschen kommen, wie bei den Waldspaziergängen am Hambacher Wald vor dem Rodungsstopp im Jahr 2018. Auch »Fridays For Future« ruft dazu auf. Die Bürger-Initiativen rund um den Tagebau Garzweiler, unter anderem »Alle Dörfer bleiben« oder »Kirchen im Dorf lassen« laden von

Woche zu Woche zu widerständigen Veranstaltungen und Aktionen ein.

Streiflichter der Vorgeschichte

Wie ist es zu dieser »Solidarischen Vielfalt« gekommen? Seit rund zwölf Jahren bin auch ich beteiligt am Bewegungsaufbau im Rheinischen Braunkohle-Revier. Genau vor elf Jahren im Oktober hatten wir die erste direkte Aktion des Zivilen Ungehorsams organisiert, eine Gleis-Blockade der RWE-Kohlebahn vor dem Kraftwerk Niederaußem. Wir waren eine »bunt gemischte« Gruppe von 30 bis 40 Aktivist*innen unter anderem aus der Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung – inspiriert durch die ersten Klimacamps 2008 in Hamburg und 2010 in Bonn und auch durch das 2009 neu entstandene Netzwerk »Climate Justice Action«.

Die Gründung von »AusgeCO2hlt – der Plattform für den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle«, die Mitinitiation der Waldbesetzung im Hambacher Forst und dann von »Ende Gelände« waren die nächsten Schritte. Es gelang zunehmend einen vielfältigen und solidarischen »Mosaik-Widerstand« zu entwickeln. Die schon seit Jahrzehnten im Rheinischen Revier vor Ort aktiven Bürgerinitiativen wie zum Beispiel die »Buirer für Buir« fühlten sich ermutigt durch unser Engagement und fingen an, mit uns punktuell zu kooperieren. Die großen

NGOs wie Greenpeace und der BUND entschlossen sich ebenfalls, uns teilweise zu unterstützen. Hier in Lützerath zeigt sich nun, dass die langwierige Aufbau-Arbeit sinnvoll war.

Unräumbar-Festival

Nun, am 18. Oktober 2021, sitze ich Eckardt Heukamp gegenüber. Der Landwirt aus Lützerath geht als erster im Revier konsequent gegen die Zwangsenteignung seines Hofes und seiner Ländereien mit den fruchtbarsten Böden auf der juristischen Ebene vor (siehe Artikel auf Seite 1). Außerdem unterstützt er die Aktivist*innen praktisch, indem er sie auf seinen Wiesen und Häusern wohnen lässt. Zum 1. November soll im Interesse von RWE die sogenannte »Vorzeitige Besitzzeinweisung« seines Eigentums erfolgen und damit könnte RWE seinen Hof abreißen, die vielen wunderbaren Bäume roden und die Aktivist*innen räumen. Das muss verhindert werden. Dies wird einerseits versucht auf der juristischen Ebene, andererseits durch die Vorbereitung auf die drohende Räumung. »Ende Gelände« und andere rufen ab dem 29. Oktober zum Unräumbar-Festival bzw. Blockade-Aktionen auf.

Weitere Infos:

lutzerathleibt.info,
www.ende-gelände.org,
unserallerwald.noblogs.org

ZAPATISTAS - LA GIRA POR LA VIDA

Netz der Rebellion gegründet

Die vielen autonom-zapatistischen Gemeinden in Chiapas zeigen es. Es lässt sich erfolgreich kämpfen gegen die »Bestie«, wie sie dort den Kapitalismus nennen. Mehr als hunderttausend sind es dort, die es vorziehen, selbstorganisiert in Würde zu leben und niemanden von der mexikanischen Regierung auf ihr Gebiet zu lassen, von der sie nur Repression erwarten.

HEINZ WEINHAUSEN, REDAKTION KÖLN

Aber sie wissen auch, dass das kapitalistische Profitsystem von ihrer Erhebung unbeeindruckt ist und immer weiter macht, unsere »Mutter Erde« unbewohnbar zu machen für Geld, das niemand essen kann. So kam die Idee in den Pueblos auf, mit ihrem gelungenen Aufstand Hoffnung in die Welt zu tragen. Zu allen Kontinenten wollen sich Delegierte der Zapatistas

auf die »Gira por la Vida« (dtsch. Reise für das Leben) machen, um Orte und Aktivist*innen von widerständigen Bewegungen kennenzulernen und von ihnen zu lernen. Zugleich wollen sie in den persönlichen Begegnungen zeigen, dass Wenige trotz aussichtsloser Situation viel bewegen können. Und dass wir angesichts des Ökozids überall auf der Welt im Kleinen rebellieren müssen, damit daraus die Rebellion im Großen erwachsen kann.

Diese Saat haben die 177 Delegierten begonnen auszusäen, seitdem sie Mitte September europäischen Boden betreten haben. In Deutschland waren es 13 Gruppen, die jeweils zu fünf für drei Wochen zu den verschiedensten Orten unterwegs waren. Im Rheinland etwa besuchten sie die Politische Kommune SSM, die FLINTA-Gruppe, Anti-Knast AG, Care AG, FAU, Hambi und das widerständige Camp gegen

die Braunkohle in Lützerath. Überall in Deutschland nahmen die Compas auch am Klimastreik am 24. September teil, sie kamen dann mit hundert weiteren Teilnehmer*innen für einige Tage zum rebellischen Zusammentreffen im Wendland zusammen. In mehreren Arbeitsgruppen erzählten Companer@s die Geschichte ihres Aufstandes und vom schwierigen Prozess ihres Weges in die Autonomie. Da ließ sich staunen darüber, wie gut die zapatistische Bewegung heutzutage organisiert ist. Gerade weil alle wesentlichen Entscheidungen in den Pueblos lange diskutiert und dann auf den Weg in die »Räte der guten Regierung« gebracht werden.

Ein Saatkorn ging auf. Auf dem Rebellischen Camp bildete sich ein »Netz der Rebellion«. Durch die Reisevorbereitung über Monate hinweg waren hunderte Menschen zusam-

mengekommen, die bisher nebeneinander gewirkt hatten. Dies will das neue Netzwerk nutzen, um weiterhin für das Leben und gegen den Kapitalismus zu wirken. Mitte Oktober rief es in Frankfurt zur Demonstration unter diesem Motto auf. Ende Oktober fand der erste dezentrale Aktionstag gegen den sogenannten »Tren Maya« statt, ein zerstörerisches, industrielles Megaprojekt im Süden von Mexiko. Dort droht die Enteignung vieler Indigenas. Die Deutsche Bahn plant, dort mit ihrer Entwicklungsgesellschaft große Gewinne einzustreichen und wird zum Klimazerstörer. Zum Jahresende trifft sich das neue Netzwerk zum kleinen Kongress.

Kontakt und Information: ya-basta-netz.org

Spenden an Zwischenzeit e.V.,
IBAN DE91 4306 0967 0033 5767 00

ANZEIGE

ALARM PHONE RETTET

Gegen den Tod auf See

Eine Infrastruktur für das Recht auf Bewegungsfreiheit, ein Netzwerk gegen das EU-Grenzregime starteten fünfzig Aktivist*innen 2014 angesichts des Massensterbens im Mittelmeer in Seenot geratener Migrant*innen: das WatchTheMed Alarm Phone. 200 Beteiligte zählt es heute in zahlreichen Städten Europas und Nordafrikas.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Rund um die Uhr stehen sie telefonisch zur Verfügung, um Bootsflüchtlingen und -migrant*innen zu helfen, in sichere Häfen in Europa zu gelangen. Dabei sehen sie sich nicht in der Samariter-Rolle, sondern darin, Menschen in ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit zu unterstützen. In der eindrucksvoll bebilderten Broschüre »From the Sea to the City!« dokumentiert Mitautorin Marion Bayer unter anderem ein Telefonat mit einem Schlauchbootreisenden im zentralen Mittelmeer (Auszug):

23:47 (29. Mai 2019) »Wir sind erschöpft. Einer der Schläuche verliert Luft, Wasser tritt in das Boot ein, wir werden nicht mehr lange überleben... Wenn wir die ganze Nacht warten müssen, wird niemand von uns überleben.«

00:15 (30. Mai 2019) »Es ist zu kalt. Die Kinder leiden unter der Kälte, wir haben Angst um sie. Sie sind nass und eiskalt. Es gibt 15 Kinder, das jüngste ist neun Monate alt, dann drei Jahre, vier Jahre ... Wir haben versucht, die Kinder in die Ecke des Bootes zu bringen, wo weniger Wasser ist. Aber das Boot ist nicht stabil, also ist es schwierig, sich darin zu bewegen. Mit uns sind auch etwa 20 Frauen. Die Frauen sind stark, aber einer schwangeren Frau geht es sehr schlecht.«

00:47 »Einige Leute sind in Panik. Einige Leute sind verrückt vor Angst.«

Ich treffe die Entscheidung bei der Wahrheit zu bleiben und ihm zu sagen, dass die Küstenwache uns nicht sagt, wann sie zu ihrer Rettung kommen wird. (...)

01:20 »Es ist so verdammt unmenschlich, was sie mit uns machen. Wir sind seit mehr als einem Tag hier auf dem Meer. Sie waren mit Flugzeugen, Hubschraubern und allem drum und dran da. Sie wissen, wo wir sind, und sie warten nur darauf, dass die Libyer morgen kommen, um unsere Leichen einzusammeln. Diejenigen,



▲ Fluss-Blockade der Seebrücke in Frankfurt am Main im August 2019

Foto: Hagen Kopp

die noch am Leben sind, werden dann vielleicht auch ins Wasser gehen, weil sie lieber sterben wollen, als nach Libyen zurückgebracht zu werden. (...)

Wir versprechen, dass wir die Küstenwache erneut anrufen und die Öffentlichkeit informieren, um noch mehr Druck auf die Küstenwachen und die italienische und maltesische Regierung aufzubauen. Er dankt uns dafür, dass wir bei ihnen sind.

07:50 »Wir sind so müde.«

Wir sagen ihnen, dass wir uns in Italien an Parlamentarier, Medien usw. gewandt haben, um durchzusetzen, dass sie endlich gerettet werden. Wir sagen auch, dass ein Frachtschiff

ein bis zwei Stunden entfernt sei und dass wir Druck ausüben würden, damit es seinen Kurs ändert und rettet. (...)

08:19 »Wir sehen ein Schiff. Es ist weit weg, aber groß. Es kommt von dort, wo die Sonne steht.« Man spürt, dass die Menschen aufgeregt sind.

08:30 »Da steht P490 auf dem Schiff geschrieben.« Wir weisen die Menschen in die Vorbereitung auf die Rettung ein.

09:05 Die Verbindung ist sehr schlecht, aber die Rettung beginnt. Er sagt: »Auf Wiedersehen.«

Die letzten Worte, die wir teilen, sind Wünsche: »Ich hoffe, dass ihr Italien sicher erreichen werdet. Pass

auf dich auf! Auf Wiedersehen und ich hoffe sehr, wir sehen uns an einem anderen Ort zu einer anderen Zeit – irgendwo in Europa.« (Ende des Auszugs)

100 Menschen, unter ihnen 20 Frauen und 15 Kinder, konnten allein von diesem Boot gerettet werden. Nicht alle Kontakte der Alarm Phone Teams enden so positiv. »Manchmal ist es auf einmal still«, schreibt Marion Bayer. »Der Akku ist leer, oder das Telefon wurde ins Meer geworfen, um zu vermeiden, dass die Küstenwache identifizieren kann, wer telefoniert hat. Manchmal wird auch die Stimme selbst durch das Wasser des Meeres zum Schweigen gebracht.«

Der besonderen Gefährdung von Frauen auf den Fluchtrouten widmen Miriam Edding und Maurice Stierl ein Kapitel der Broschüre. Proportional ertrinken mehr Frauen als Männer beim Versuch, das Meer zu überqueren, stellen sie fest. In größeren Booten sitzen sie häufig im Heck, wo das Ersticken durch die giftigen Gase des Motors wahrscheinlicher ist. Sie sind besonders in Gefahr, wenn Panik ausbricht, zu Tode getrampelt zu werden. Ihre Kleidung macht das Ertrinken wahrscheinlicher, wenn sie ins Wasser fallen...

Auch nachdem Überfahrten gescheitert sind, bleiben Alarm Phone-Aktivist*innen tätig. So veröffentlichen sie Follow-up-Berichte, suchen nach vermissten Personen, dokumentieren Verhaftungen und gewalttätige Angriffe, sammeln Zeugen-Aussagen, identifizieren Tote in Leichenhallen und geben relevante Informationen an Freund*innen und Verwandte Betroffener weiter.

Neben bewegenden Schilderungen von Menschenrechtsverletzungen durch das europäische Grenzregime enthält die Broschüre »From the Sea to the City!« eine Menge weniger bekannte Informationen und politische Analysen rund um das Thema Illegalisierung und Kriminalisierung von Migration und Flucht. »Die Externalisierung der EU-Grenzen in den Süden führt zu militarisierten Zonen der Einschränkung und Unterdrückung«, befinden Sarah Slan und Osama Abdullah in ihrem Beitrag zur Rolle Marokkos. Sie schaffe rechtlose Räume, in denen Behörden und Autoritäten für ihr rechtswidriges Handeln nicht zur Verantwortung gezogen, sondern dafür sogar belohnt werden.

Unbeantwortet bleibt die Frage des Tunesiers Hichem A.: »Warum können Menschen mit anderen Nationalitäten in die ganze Welt reisen, während ich nicht einmal ein paar Kilometer auf See fahren kann, ohne abgefangen zu werden?«

Klar ist die Botschaft von Alarm Phone: Fahren statt Frontex! Rettung ist kein Verbrechen! Bewegungsfreiheit für alle!

Die Broschüre ist im Selbstverlag erschienen und kann heruntergeladen werden unter: <https://bit.ly/3vqtNGU>

Weitere Infos: www.alarmphone.org

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Fördertöpfe & Förderpreise für alle!

Wir waren fleißig wie die Bienen und haben viele neue und spannende Fördertipps für euch gesammelt. Soeben erschienen ist die 15. vollständig überarbeitete Auflage der Broschüre »Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen« sowie die Broschüre »Schwein gehabt – Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten« in der 2. Auflage. Inzwischen porträtiert die Fördertopfbroschüre mehr als 470 regionale, bundesweite und internationale Stiftungen und Förderquellen sowie Stiftungen mit Sitz im Ausland. Davon wurden 410 Förderquellen aktualisiert und 60 sind neu dazu gekommen. Darüber hinaus haben wir 200 Förderpreise und Wettbewerbe für nachhaltigen Aktivismus

gesammelt, die wir in der Schwein gehabt-Broschüre vorstellen.

Die Texte der Broschüren und die Zusammenstellung der Förderhinweise beruhen auf eigenen Erfahrungen, Beratungsgesprächen und Hinweisen von Leser*innen der Broschüren und Mitgliedern des Netzwerkes. Alles in allem sind es praxisorientierte Nachschlagewerke für alle Gruppen und Initiativen, die nach neuen Fördermöglichkeiten in den Bereichen Politische Bildung, Jugendliche, Arbeit, Soziale Benachteiligung, Tierschutz, Migration, Entwicklungspolitik, Antifaschismus, Wohnen, Kultur, Feminismus und Umwelt- und Klimaschutz suchen.

Zu speziellen Themen, die in unseren Beratungen und Semi-

naren immer wieder nachgefragt werden, haben wir kleine Texte verfasst, die als Tipps und Tricks jeweils im ersten Teil der Broschüren stehen. Aktualisiert wurde auch der sehr ausführliche Text in der Fördertopfbroschüre zum immer wieder nachgefragten Thema: »Wie stelle ich eigentlich einen perfekten Antrag?« Diese und viele andere Informationen sind für die eigene Recherche und als Ergänzung zum Preis- und Stiftungsteil gedacht und sollen bei der Entwicklung und Realisierung von Ideen unterstützen. Der zweite Teil bietet dann jeweils die Übersicht der Förderquellen und Preise. Orientierung bei der Suche bietet das Schlagwortregister mit fast 100 Schlagworten.

Wir möchten euch mit unseren brandneuen Broschüren bei der Suche nach den passenden Geldgebern*innen behilflich sein und im Stiftungs- und Förderpreisdschungel einen Wegweiser bieten – also bestellen und loslegen, damit ihr fleißig wie die Bienen sein könnt.

Bestellung unter der Broschüren: <http://bestellen.netzwerk-selbsthilfe.de>

Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, 15. Auflage 2022, Preis: 26 Euro zzgl. Porto + Verpackung

Schwein gehabt - Förderpreise für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, 2. Auflage 2022, Preis: 12 Euro zzgl. Porto + Verpackung

Rosa Schweinchen

KOPERNIKUS, HANNOVER

Zwei Jahre ohne Mietvertrag

Seit 1996 gibt es den Lutherkirchentreff e.V. (auch Kopernikus oder Kopei genannt) in Hannovers Nordstadt. Schon vor zwei Jahren lief der Mietvertrag mit der Stadt aus - und bis heute ist unklar, wie es weitergeht. Dabei sind sich viele Anwohner*innen und Politiker*innen einig, dass der Verein sehr wichtige Arbeit leistet.

MALTE HERRMANN, HANNOVER

Der Verein entstand damals als Reaktion auf die so genannten »Chaostage« und auf Grund von mangelnden Räumen für perspektivlose Jugendliche in Hannover. Rund um die Lutherkirche sollten die »Punks« sich nicht mehr aufhalten, da dort ein großes Konfliktpotenzial entstand zwischen Kirche, Anwohner*innen und den Menschen, die keinen eigenen Raum in unserem Stadtbild hatten. Gemeinsam mit der Stadt, der Kirche und den Betroffenen wurde damals ein Gelände gesucht. Ein kleines heruntergekommenes Gebäude direkt neben einer Eisenbahnbrücke wurde den Jugendlichen damals angeboten. Für den obligatorischen Wert von einer Mark pro Quadratmeter wurde das Gelände zu der Zeit an die Jugendlichen übergeben.

In Eigenregie wurde mit Fördergeldern das Gelände aufwendig renoviert, Wasserleitungen verlegt und eine Terrasse gebaut. Das Dach und der Boden wurden komplett erneuert und auch der Außenbereich wuchs schnell. Heute wird das Außengelände für vereinseigene Auftritte, Konzerte und verschiedenste Aktionen genutzt. Seitdem ist die Kopei eine nicht mehr weg zu denkende Institution in der Nordstadt. Ca. 150 Mitglieder zählt der Lutherkirchentreff e.V. inzwischen und je nach Vereinsfest und Aktion nehmen zwischen 50 und 150 Menschen das wöchentliche Angebot der Kopei wahr.

Die Kopernikus ist inzwischen landesweit bekannt geworden und lockt viele Besuchende aus dem gesamten Bundesgebiet und darüber hinaus. Mit Kontakten, logistischer Unterstützung und Hilfe bei der Tourenplanung unterstützt die Kopernikus regionale und internationale Bands seit mehr als 20 Jahren. Seit 2002 ist der Lutherkirchentreff auch als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt. Orte zu schaffen, in denen sich Jugendliche, Kreative und Kulturschaffende ohne Verwertungszwänge ausleben können, ist das Ziel.

Kostenloses Frühstück, vereinseigene Auftritte, Konzerte, Gewaltprävention, Unterstützung bei Problematiken mit Ämtern, allgemeine Gesprächsangebote und Unterstützung, einen sicheren Raum schaffen und die Kreativität fördern, sowie ein daraus entstandenes Wohnprojekt sind nur wenige der Punkte, die seit über 25 Jahren nicht nur von Menschen aus der Punkszene in der Kopernikus gelebt und gefördert werden.

Gemeinschaftsgefühl erfahren

Gemeinsame Erlebnisse, Erfahrungen und Aktionen stehen im Vordergrund des Projektes. Die Kopernikus bietet die Möglichkeit, kreativ zu werden - und gerade Musik spielt dabei eine große Rolle. Mit eigener Technik und einer Bühne schafft der Lutherkirchentreff Möglichkeiten sich auszuprobieren, zu proben oder gar den ersten Auftritt zu absolvieren. Über die Jahre sind so unzählige Bandprojekte entstanden, die teilweise bis heute Erfolge feiern. Um das Gelingen einer solchen Veranstaltung zu gewährleisten, werden alle mit eingebunden. Aufgaben werden je nach Interesse und Können demo-



▲ Das Bild zeigt die Terrasse und den Kopeieingang. An diesem Tag fand ein Gespräch mit der Stadträtin und weiteren Politiker*innen statt.

Foto: Denise Feß

kratisch verteilt und so trägt ein jeder Mensch zum Gelingen bei. Dabei können die Aufgaben vielfältig sein, vom Sammeln der Spenden für die Band über das Kochen des Essens, bis hin zu Technik, Theke, Bautrup oder Logistik. So können die Jugendlichen und junggebliebenen Erwachsenen verschiedene Bereiche kennenlernen, ihre Fähigkeiten verbessern und erfahren ein Gemeinschaftsgefühl,

Hannover) aus formellen Gründen war ein neuer Mietvertrag unter Berücksichtigung, insbesondere aktueller Brandschutzrichtlinien, in Aussicht gestellt worden. Die Einbeziehung des Eisenbahnbundesamtes durch die Deutsche Bahn ließ den Neu-Vertrag nicht zu und schränkte aus Gründen der Sicherheit die weitere Nutzung des Objekts mit sofortiger Wirkung stark ein. Das Außen-

Zeiten von Isolation, Ängsten und der Zunahme psychischer wie sozialer Probleme ist ein offenes und niedrigschwelliges Jugendangebot von großer Bedeutung. Viele Menschen haben in der Kopernikus ihr Zuhause, Gemeinschaft und Zusammenhalt gefunden, sowie eine Wertschätzung ihrer Selbst erfahren und säßen ohne die Möglichkeiten des Vereins buchstäblich auf der Straße.

die Bereitschaft, für einen Erhalt der Kopei einzustehen und erkennen die Wichtigkeit der Arbeit an. Doch auf die Worte müssen Taten folgen. Wenn sich die Deutsche Bahn und die Stadt Hannover nicht bewegen, werden viele Menschen weiter ihr Vertrauen in den Staat verlieren und letztlich einen der letzten geschützten Räume.

Um die Arbeit ohne Einschränkungen fortsetzen zu können, wird gefordert, dass ein vergleichbares Gelände mit langfristigem Mietvertrag ortsnah zur Verfügung gestellt wird. Eine Verlagerung in die Außenbezirke wird abgelehnt. Ein sozialer Treffpunkt muss für alle Menschen gut und leicht zu erreichen sein. Gefordert wird außerdem eine schriftliche Nutzungsgeldung von der Stadt Hannover und der Deutschen Bahn, bis ein Objekt gefunden wurde oder klar geworden ist, ob die Deutsche Bahn das Gelände wirklich benötigt. Es ist untragbar, dass ein freier Träger der Jugendarbeit seit über zwei Jahren keinen Mietvertrag und keine Planungssicherheit hat. Gemeinsam kämpfen die Mitglieder und Nutzer*innen dafür, dass offene Räume ohne jede Verwertungszwänge erhalten bleiben.

Link: www.kopernikus-hannover.de

»Aber wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben; unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind.« Karl Marx

durch eine gemeinsam angegangene Aufgabe. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr auf Individualismus und ausbeuterische Konsumwirtschaft gezielt wird, engagiert sich die Kopernikus, um das Gemeinschaftsgefühl zu verstärken, den Zusammenhalt zu fördern und den Menschen ihren Wert aufzuzeigen.

Leider befindet sich der Lutherkirchentreff e.V. im Moment in einer unmöglichen Situation. Der Eigentümer des Gebäudes ist die Deutsche Bahn AG, diese wiederum vermietet das Gelände an die Stadt Hannover und diese übergab das Gelände dem Verein mit dem Auftrag zur Nutzung als sozialer Treffpunkt und Veranstaltungszentrum für die Kulturrichtung »Punk«. Bis zum Jahre 2018 wurde das Projekt sehr gut angenommen und hat inzwischen einen hohen Stellenwert innerhalb und außerhalb Hannovers. Bis die Stadt Hannover 2018 mitteilte, dass der Mietvertrag ausgelaufen sei und es keine Verlängerung für das Projekt geben könne.

Suche nach einem Ersatzobjekt

Nach der Kündigung des Mietvertrages durch die LHH (Landeshauptstadt

gelände soll nur noch eingeschränkt zur Verfügung stehen. Ferner wurde festgestellt, dass die DB das Gelände in den nächsten Jahren für die eigene Nutzung benötigt.

Nach langen Verhandlungen mit der Stadt Hannover, die durch die Corona-Pandemie nicht gerade erleichtert wurden, erklärten sich die Stadt und die Deutsche Bahn bereit, zumindest nach einem Ersatzobjekt zu suchen. Diese Suche verlief aber aus Sicht der Mitglieder bis jetzt nicht sehr positiv. Objekte weit ab des Stadtteils oder außerhalb der eigentlichen Bebauung der Stadt eignen sich schlecht für einen Stadteiltreff und sozialen Treffpunkt. Zumindest muss gesagt werden, dass sich die Stadt Hannover, wenn auch nur im Schnecken tempo, doch bewegt, wohingegen sich die Deutsche Bahn bis jetzt eher desinteressiert gezeigt hat und die Zusammenarbeit mit dem Lutherkirchentreff e.V. scheut.

Besonders die Einschränkung der Nutzung durch die Deutsche Bahn trifft die Kopernikus schmerzlich. Der einzige Innenraum hat ca. 35 qm und ist schnell überfüllt. Gerade auch in Corona-Zeiten sind der Außenbereich und die mit ihm verbundenen Möglichkeiten essenziell wichtig. In

Mit mehreren Demonstrationen, Online-Petitionen, kreativen Aktionen und dem Besuch der Ratsversammlungen wollen die Mitglieder und Nutzer*innen des Geländes auf die Problematik aufmerksam machen. Politiker*innen und Anwohner*innen der Stadtteile sind mehrheitlich der Auffassung, die Arbeit des Lutherkirchentreffs sei von hoher Wichtigkeit für die Stadtteile und erfülle eine elementare Aufgabe in unserer Gesellschaft. So signalisieren mehrere Stadträt*innen und Bezirksrät*innen sowie der Oberbürgermeister von Hannover

ANZEIGE

Stellenausschreibung



Metall- und Stahlbau
Dietzmannstraße 20
04207 Leipzig

Büroleitung in Metall- und Stahlbau Kollektiv-Betrieb

In Leipzig

Bei Fragen einfach eine Mail an kontakt@konstruktiv-eg.de

Hallo! Wir suchen ab sofort eine*n neue*n Kolleg*in für die Leitung unseres Büros.

Die Stellenausschreibung findest du unter www.konstruktiv-eg.de

INTERNATIONALE DELEGATION FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT IN KURDISTAN

Die Lösungskraft in der Gesellschaft suchen

»Eine Teilnahme deutscher und europäischer Staatsbürger (...) an dem Konflikt wird die Beziehungen zur Türkei weiter negativ belasten.« Es sind wenige Worte der deutschen Bundespolizei am Düsseldorfer Flughafen, dafür mit umso größerer Aussagekraft und Wirkung: Ihr Versuch, die »Internationale Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan« aufzuhalten und zu kriminalisieren, scheiterte. »Bundespolizei in Erklärungsnot«, »Nach Erdogans Auftrag?« oder »Wegen Erdogan?« waren nur einige Schlagzeilen in den Medien, die einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland die enge deutsch-türkische Zusammenarbeit beim aktuellen Angriffskrieg des türkischen Staats in Südkurdistan/Nordirak zugänglich machten. Die genauen Hintergründe dieses Krieges blieben in der Berichterstattung jedoch außen vor.

YVONNE HEINE, CENI,
KURDISCHES FRAUENBÜRO FÜR FRIEDEN E.V.

Seit dem 24. April 2021 führt der türkische Staat einen Angriffskrieg gegen die kurdische Bevölkerung in Südkurdistan. Der Beginn dieser Invasionsphase fällt auf ein historisches Datum. Am 106. Jahrestag des Völkermords an den Armenier*innen sendet der türkische Präsident Erdogan ein deutliches Zeichen an alle Kurd*innen: Das Ziel dieser Angriffe ist die Vernichtung der kurdischen Identität. International wird kaum Kenntnis von diesem Krieg genommen. Es herrscht Schweigen.

Aus diesem Grund machte sich Anfang Juni die »Internationale Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan« auf den Weg nach Erbil. Ihr Ziel war es, das internationale Schweigen zu durchbrechen und die Stimmen der Menschen in Südkurdistan hörbar zu machen. Die gemeinsame Ablehnung des Kriegs, der Wunsch nach Frieden in Kurdistan und eine solidarische Haltung zum kurdischen Volk und allen anderen vom Krieg betroffenen Ethnien der Region brachte insgesamt 150 Menschen aus verschiedenen europäischen Staaten, darunter Parlamentarier*innen, Politiker*innen, Künstler*innen, Akademiker*innen sowie Aktivist*innen, zusammen. Aufgrund von Ein- und Ausreiseperrn, sowohl in Erbil als auch in den Herkunftsstaaten, reduzierte sich die Delegation schließlich auf 80 Teilnehmer*innen aus 14 verschiedenen Ländern.

Der Krieg des türkischen Staats in Südkurdistan ist kein neuer Krieg. Er wird seit Jahrzehnten geführt.

ANZEIGE



Solange es Menschen gibt, gibt es Wanderungen. Heute leben und arbeiten viele Menschen aus Afrika in Europa und Deutschland. Und sie leben oft hier, um ihren Familien Geld zu schicken: Rücküberweisungen.

Rücküberweisungen
Magazin Verlag, 2020, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de



▲ Die Friedensdelegation in den Bergen Kurdistans

Foto: Ole V. Wagner

Eine Intensivierung der militärischen Angriffe findet bereits seit 2015 statt. Das Jahr 2015, und hier vor allem die Wahlen in der Türkei im Juni 2015, werden als Wendepunkt der türkischen Strategie im Umgang mit der kurdischen Frage gesehen. Denn der überraschende Einzug der HDP (Demokratische Partei der Völker) ins türkische Parlament, der zeitgleich auch den Verlust der absoluten Mehrheit der dominierenden Regierungspartei AKP bedeutete, wurde vom türkischen Regime mit einem militärischen Vernichtungsplan beantwortet. Dabei setzt das türkische Militär auf menschen- und naturverachtende Methoden. Es werden Giftgas und unbemannte Drohnen eingesetzt. Zahlreiche Hektar Wald wurden bereits abgebrannt oder abgeholzt, um Militärbasen zu errichten. Gezielt werden landwirtschaftlich genutzte Flächen zerbombt, um den Menschen ihre Lebensgrundlage zu nehmen. Zahlreiche Dörfer wurden bereits entvölkert. Tausende Menschen mussten fliehen.

Es ist kein Krieg gegen die PKK

Die Analyse der Menschen in Südkurdistan, mit denen die Friedensdelegation sich treffen konnte, über den aktuellen Krieg fällt deutlich aus: Es geht um eine dauerhafte Besatzung der Region. Die ortsansässigen Gesprächspartner*innen waren dabei sehr unterschiedlich. Die Friedensdelegation hatte die Möglichkeit, mit ehemaligen wie aktuellen Ministern, Parlamentarier*innen, Akademiker*innen, Journalist*innen, Frauenrechtsaktivistinnen, Jugendaktivist*innen, Künstler*innen und Menschen, die durch den Krieg verletzt wurden oder Familienangehörige verloren haben, zu sprechen. Darüber, dass es bei diesem Krieg nicht – wie in den hiesigen Medien oft behauptet – um einen Krieg gegen die PKK geht, gab es breit geteilte Einigkeit. Es sei ein Krieg, der sich gegen die gesamte kurdische Bevölkerung richte. Als umso wichtiger wurde der Zusammenhalt verschiedenster kurdischer Parteien und Gruppierungen gefordert – ein Aufruf, der sich vor allem in Richtung der KDP wendet.

Die KDP, die einigen auch als Barzani-Clan bekannt ist, zeigt sich

im aktuellen Krieg als enge Verbündete des türkischen Staats. Relevant ist diese Tatsache vor allem aufgrund der zentralen Position der KDP als Regierungspartei in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak – also der Region, deren Staatsterritorium durch die türkische Invasion verletzt wird. Dass die KDP die Angriffe unbeantwortet hinnimmt, teils sogar unterstützt, erleichtert die Kriegsführung und Verfestigung des Krisenzustands. Stabilität und Sicherheit der betroffenen Gebiete nehmen immer weiter ab.

Über 40 Abschiebungen von Teilnehmer*innen der Friedensdelegation aus Erbil zeigten die klar ablehnende Haltung der KDP gegenüber der Delegation. Ein Statement des Innenministeriums der Autonomen Region Kurdistan, das von einer Gefährdung des Status Quo der Region durch die »Delegation für Frieden und Freiheit« sprach, war ein weiteres Zeugnis für die Unterstützung des türkischen Angriffskriegs. Die Gründe für diese Zusammenarbeit sind vielfältig. Zum einen sind die Beziehungen durch eine enormes wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis von der Türkei geprägt. Zum anderen positioniert sich die KDP auch aus ideologischer Perspektive in Gegnerschaft zur Selbstverwaltung der kurdischen Bevölkerung. So stellt sie mit ihrem Versuch, einen kapitalistischen kurdischen Staat zu gründen, ein – bei westlichen Staaten bzw. der NATO gern gesehenes – Gegenmodell zum von der kurdischen Freiheitsbewegung entwickelten Paradigma des Demokratischen Konföderalismus dar, welches die Selbstbestimmung der Gesellschaft ins Zentrum stellt.

»Wir wollen endlich Taten sehen«

Die Menschen in Südkurdistan – davon konnte sich die Friedensdelegation ein Bild machen – sind sich sehr bewusst, dass die internationale Staatengemeinschaft dem türkischen Angriffskrieg den Rücken stärkt. Sie fordern die Beendigung sowohl der militärischen als auch der wirtschaftlichen Unterstützung der Türkei durch Staaten wie beispielsweise Deutschland. Dabei ist das Bild der Menschen zwar geprägt von Enttäuschung und Klarheit darüber, dass es der inter-

nationalen Gemeinschaft nicht um den Schutz der zivilen Bevölkerung, sondern um geopolitische Interessen geht; dennoch zeigte sich auch immer wieder eine Hoffnung darauf, die Friedensdelegation könnte diese Situation in den Herkunftsländern der Teilnehmer*innen verändern und die internationale Unterstützung des Kriegs durchbrechen. Zeitgleich wurde jedoch auch deutlich, dass sich die Menschen in Südkurdistan nicht mehr mit leeren Worten zufriedengeben wollen: »Wir Kurd*innen haben genug an runden Tischen gesessen, wir wollen endlich praktische Taten sehen«, erklärte ein Aktivist.

Eine dieser Taten könnte die Entkriminalisierung der PKK sein. Die Listung der PKK als Terrororganisation wird von vielen als Hindernis für einen Friedensprozess in Kurdistan gesehen. Dies liege zum einen daran, dass der Terrordiskurs es dem türkischen Regime immer wieder möglich mache, völkerrechtswidrige Angriffskriege zu beginnen und vermeintlich zu begründen. Auch der Wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestags stellte im Juli 2020 fest, dass Angriffe dieser Art, die die Türkei auf irakischem Staatsgebiet durchführt, nicht vom Recht auf Selbstverteidigung geschützt und damit völkerrechtswidrig sind. Eine Reaktion auf die Angriffe bleibt dennoch aus. Die Verschleierung der Kriegsumstände durch den Terrordiskurs geht in vielen Staaten sogar so weit, dass nach wie vor von einem Krieg gegen die PKK gesprochen wird. Dass dem nicht so ist und es sich, wie oben bereits geschrieben, um einen Krieg gegen die Bevölkerung handelt, wurde der Friedensdelegation an unterschiedlichsten Orten vor Augen geführt.

Als ein anderer Grund, warum die Kriminalisierung der PKK als Hindernis für einen Friedensprozess gesehen wird, wird die Delegitimierung der Partei als Gesprächspartnerin benannt. Der Wunsch nach offiziellen Friedensgesprächen ist in der Bevölkerung groß. Dass die PKK bei diesen zwangsläufig mit am Tisch sitzen müsse, wird als unabdingbare Voraussetzung gesehen. Die Weigerung vieler Staaten, die PKK als legitime Institution anzuerkennen, mache dies unmöglich. Eine Streichung der PKK von der Terrorliste sei deshalb

eine Grundbedingung für Friedensprozesse.

Als ein weiterer wichtiger Faktor für Frieden in Kurdistan wird die laute Stimme von Frauen in der Region gesehen. In Gesprächen mit Frauen wurde immer wieder deutlich, wie sie besonders von Krieg betroffen sind und dass sie sich über diese Situation und die damit einhergehende Position im Klaren sind. Vor allem Mütter wiesen mit Bestimmtheit auf ihre eigene Rolle hin. Viele von ihnen haben in all den Kriegen, egal ob gegen Saddam Hussein oder den türkischen Staat, auf unterschiedlichsten Seiten ihre Kinder sterben sehen. In Initiativen wie Frauenorganisationen oder bei den »Friedensmüttern« tragen sie ihre Meinung gemeinschaftlich nach außen und zeigen deutlich, dass Frauen ein wichtiger Bestandteil in Friedensprozessen sind und sein müssen.

Dass die Kraft für Frieden nicht in staatlichen Entscheidungen, sondern der Gesellschaft selbst liegt, wurde nicht nur in Gesprächen, die die Friedensdelegation in Südkurdistan führte, deutlich. Auch die Friedensdelegation selbst war in der Lage, einen Beitrag dazu zu leisten, eine akut drohende militärische Eskalation zwischen den kurdischen Volksverteidigungseinheiten der PKK und den Peschmerga der KDP zu verhindern. Durch das deutliche Medienecho, welches die Delegation auslöste, wurde die KDP so unter Druck gesetzt, dass sie sich eine weitere Eskalation des innerkurdischen Konflikts nicht leisten konnte. In einer Zeit, in der ein bewaffneter Eingriff seitens der KDP in den Krieg in jedem Moment befürchtet wurde, verhielt diese sich mehrere Wochen lang ruhig. Die »Internationale Delegation für Frieden und Freiheit in Kurdistan« kann deswegen als ein Beispiel praktischer internationalistischer Solidarität gesehen werden. Sie hat die Lösungskraft nicht in staatlichen politischen Entscheidungen, sondern in der Kraft der Gesellschaft und einem gemeinsamen internationalistischen Kampf gesehen und damit entscheidende Entwicklungen in Kurdistan selbst mitgeprägt.

Yvonne Heine bereist derzeit die Region Kurdistan, um von dort aus für CONTRASTE und andere Medien zu berichten.

GREEN PLANET ENERGY EG, HAMBURG

Nachhaltiges Wirtschaften in Reinkultur

Als die Umweltschutzorganisation Greenpeace am 26. Oktober 1999 die Ökoenergiegenossenschaft Greenpeace Energy eG gründete, wollte sie einen ähnlichen Missstand beheben wie 155 Jahre zuvor die Pioniere der weltweiten Genossenschaftsbewegung: die 28 Weber von Rochdale. Diese nahmen in der nordenglischen Industriestadt am 21. Dezember 1844 die Versorgung der Arbeiterfamilien mit gesunden Lebensmitteln – anstelle der zuvor üblichen minderwertigen Ware – in die eigenen Hände.

MICHAEL FRIEDRICH, HAMBURG

Grünen Strom hoher Qualität hätten die marktbeherrschenden Energieversorger 1999 längst liefern können. Den aber boten die Konzerne nicht an, weil sie mit schmutziger Energie aus Kohle- und Atomkraft mehr Geld verdienen. Deshalb lautete der Greenpeace-Auftrag an das Gründungsteam: Versorgt eure Kund*innen und Mitglieder mit vorbildlichem Ökostrom zu fairen Preisen. Und leistet einen richtungweisenden Beitrag zum Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Das tut sie bis heute.

Neben der Energiewende geht es für die Genossenschaft – die sich Mitte September 2021 bei ansonsten unveränderter Mission in Green Planet Energy umbenannt hat – seit jeher auch um eine andere Form des Wirtschaftens. Sie gehört deshalb nicht irgendwelchen Finanzinvestoren, sondern vielen ihrer inzwischen gut 200.000 Kundinnen und Kunden. »Das sorgt für einen gesunden Ausgleich von Interessen«, erläutert Nils Müller, einer der beiden Vorstände von Green Planet Energy. »In ihrer Eigenschaft als Mitbesitzer achten alle auf solide Einnahmen und als Kunden auf günstige Preise.«



▲ Eindrücke vom Kund*innenservice bei Green Planet Energy

Foto: Green Planet Energy

Green Planet Energy profitiert nicht davon, möglichst viele Kilowattstunden Energie zu verkaufen, sondern spornet die Kund*innen im Sinne der Energiewende sogar zur Sparsamkeit an. Ihre Kosten deckt die Ökoenergiegenossenschaft vor allem über den monatlichen Grundpreis von derzeit 8,90 Euro (Strom) bzw. 9,90 Euro (Gas) im Monat. Im Ergebnis führt dies zu einer fairen Geschäftspolitik, die nicht auf möglichst hohe Profite zielt.

Stärkung nachhaltiger Unternehmen

Ebenso wichtig findet Müller, dass »sich jede*r die Mitgliedschaft bei uns leisten kann«. 55 Euro kostet ein

Genossenschaftsanteil, den sowohl »natürliche« und »juristische« Personen sowie Personengesellschaften erwerben können. Maximal können Mitglieder 200 Anteile halten. Unabhängig von der Zahl ihrer Anteile haben sie je eine Stimme und wählen aus ihrer Mitte eine Vertreterversammlung, die über die Verwendung von Gewinnen und die generelle Geschäftspolitik entscheidet. Zum Beispiel, dass die aktuell mehr als 28.000 Mitglieder von einer maßvollen Rendite auf ihre Anteile profitieren, über deren Höhe jedes Jahr in der Vertreterversammlung neu entschieden wird.

Hinzu kommen für die Genossenschaftsmitglieder auch vergünstigte Angebote von Partnerfirmen, die

zugleich immer Energiekunden von Green Planet Energy sind. Ob für Ökotextilien oder Ökurlaub, ob für Car-Sharing oder klimafreundlichen Mobilfunk: Durch solche Angebote soll eine Ökonomie gefördert werden, die nachhaltige Unternehmen stärkt.

Die politische Vision von Green Planet Energy ist eine rasche Energiewende im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel von Paris. Danach müssen alle Wirtschaftsbereiche spätestens im Jahr 2040 mit 100 Prozent erneuerbaren Energien versorgt werden. »Für diese Ziele«, so Sönke Tangermann, Co-Vorstand der Genossenschaft, »kämpfen wir politisch in Berlin und Brüssel. Zugleich gehen wir auch praktisch als Lotsen der Energiewende voran.« So hat die Genossenschaft

mit rund 50 Prozent schon jetzt den höchsten Anteil an Windstrom in ihrem Strommix. Im Tarif »Solarstrom plus«, mit dem Kund*innen einen rascheren Kohleausstieg und zugleich den Photovoltaik-Ausbau in deutschen Kohleregionen fördern können, enthält der Strommix zusätzlich zehn Prozent Solarstrom direkt aus diesen Revieren.

Einstieg in die Elektrolyse

Ebenso wegweisend ist Green Planet Energy beim Thema grüner Wasserstoff, »Windgas« genannt. Dabei wird überschüssiger Windstrom dazu genutzt, Wasser per Elektrolyse in seine Bestandteile Sauerstoff und Wasserstoff aufzuspalten. Das Windgas kann ins Gasnetz eingespeist werden und dort, zusammen mit hochwertigem Biogas nach und nach fossiles Erdgas verdrängen. Seine derzeit mehr als 30.000 proWindgas-Kund*innen will Green Planet Energy schon 2027 ausschließlich mit erneuerbaren Gasen versorgen – auch dies ohne Beispiel in der Energiebranche.

»Unser Wunsch ist, dass künftig noch viel mehr unserer Kund*innen auch zu Mitbesitzer*innen werden und mit uns die Energiewende vorantreiben«, erläutert Nils Müller. Jedes Mitglied mehr stärke die Unabhängigkeit der Genossenschaft. »Weil jede*r nur eine Stimme hat, schützen wir uns auf diese Weise effektiv gegen Übernahmen durch Investoren oder Großunternehmen.« Dadurch kann sich Green Planet Energy selbst in wirtschaftlich turbulenten Zeiten darauf konzentrieren, was schon den Pionieren von Rochdale wichtig war: faire Preise, höchste Qualität und solidarisches Wirtschaften.

ELEKTRIZITÄTWERKE SCHÖNAU EG

Die demokratischste Form der Energieversorgung

Die EWS Elektrizitätswerke Schönau eG sind ursprünglich aus einer Bürgerinitiative gegen Atomenergie hervorgegangen, die sich nach der Katastrophe von Tschernobyl gegründet hatte. Mit knapp 10.000 Mitgliedern und mehr als 220.000 Kundinnen und Kunden zählt die Genossenschaft heute zu den größten unabhängigen Ökostrom- und Biogasversorgern in Deutschland.

PETRA VÖLZING, SCHÖNAU

Inzwischen ist es schon fast Legende: Vor bald 25 Jahren, im Juli 1997, gelang es den Schönauer Bürgerinnen und Bürgern nach zwei Bürgerentscheiden und langem Kampf mit dem damaligen Energiemonopolisten KWR, das Stromnetz von Schönau im Schwarzwald zu übernehmen, um es als lokaler Energieversorger unabhängig von den großen Energiekonzernen zu betreiben. Die »Stromrebell« waren geboren. Dafür wurde bereits 1994 die erste EWS-Gesellschaft gegründet, die der Netzkauf Schönau gehörte. 1998 kam die Liberalisierung des Strommarktes und die bundesweite Versorgung mit Ökostrom aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien wurde aufgenommen. Auf den Schönauer Dächern entstanden zudem viele Photovoltaikanlagen und machten das Schwarzwaldörtchen zur ersten »Solarhauptstadt Deutschlands«.

2009 entschieden ca. 650 Gesellschafterinnen und Gesellschafter der

Netzkauf Schönau GbR die EWS in eine Genossenschaft umzuwandeln. »Die Genossenschaft ist die demokratischste Unternehmensform, denn sie ermöglicht unseren Kundinnen und Kunden als Mitglieder auf unkomplizierte Weise die aktive Teilhabe«, sagt Armin Komenda, Vorstandsmitglied der EWS eG. Die Mitgliederzahl wächst stetig. Im September 2021 hatte die EWS eG 9.952 Mitglieder.

Die Mitgliedschaft steht allen Kundinnen und Kunden der EWS eG offen. Ein Geschäftsanteil hat den Wert von 100 Euro. Mitglieder müssen mindestens fünf Geschäftsanteile erwerben. Die Anzahl der Geschäftsanteile ist je Neumitglied aktuell auf zehn Anteile begrenzt. Einmal pro Jahr findet eine Generalversammlung (GV) statt, auf die alle Mitglieder eingeladen werden, um über wichtige Themen der EWS zu diskutieren. In der GV entscheiden die Mitglieder beispielsweise über die jährliche Gewinnverwendung und wählen die Aufsichtsräte. Für Genossenschaftsmitglieder gibt es außerdem einen reduzierten Ökostromtarif.

Zur EWS-Gruppe gehören heute mehrere Tochterunternehmen. Die EWS Vertriebs GmbH ist für den Strom- und Gasvertrieb zuständig, die EWS Netze GmbH betreibt die Strom- und Gasnetze im Gemeindeverwaltungsverband Schönau, die EWS Energie GmbH realisiert Wind- und Photovoltaik-Erzeugungsanlagen und ist im Südschwarzwald im Bau von

Nahwärmenetzen auf der Basis von Erneuerbaren Energien aktiv. Zudem hält die EWS mehrere Beteiligungen, unter anderem an verschiedenen Windparks, am Messstellenbetreiber EE Infratec GmbH und der Stadtwerke Stuttgart Vertriebsgesellschaft mbH. Auf diese Weise sind die EWS in allen wichtigen Feldern der Energiewende aktiv.

Ökostromanlagen in Bürgerhand

Die EWS versorgen ihre Kunden mit Ökostrom von unabhängigen Anbietern ohne Verflechtungen mit der Atom- und Kohleindustrie. Der Strommix besteht aus 100 Prozent Wasserkraft, Wind und Sonne mit einem steigenden Anteil aus Wind- und PV-Anlagen von Genossenschaften und anderen Bürgerenergie-Unternehmen, mit denen direkte PPA-Verträge bestehen. Zudem wird seit 2021 Strom aus PV-Kleinanlagen von EWS-Kunden aufgenommen, deren Anlagen nach 20 Jahren aus der EEG-Förderung herausgefallen sind.

Der Grundpreis für den Ökostrom beträgt 9,95 Euro pro Monat. Der Arbeitspreis für den Haushaltsstrom liegt derzeit (Stand Oktober 2021) bei 29,20 Cent pro Kilowattstunde. Zudem bieten die EWS einen vergünstigten Wärmepumpentarif und zwei Autostromtarife an. Die Stromqualität ist mit dem OK Power Plus Label und über den TÜV Nord zertifiziert.



▲ Generalversammlung der Elektrizitätswerke Schönau eG

Foto: EWS

Alle Tarife enthalten einen Aufschlag, der in das Förderprogramm »Sonnencent« fließt. Allein im vergangenen Jahr stand so ein Fördervolumen von über 1,8 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden Kundinnen und Kunden bei ihren Investitionen in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Vereine und Initiativen bei ihren vielfältigen Projekten für Bürgerenergie und Klimaschutz unterstützt. Seit Bestehen des Förderprogramms wurden so bereits über 3.100 PV-Anlagen, Blockheizkraftwerke, Brenn-

stoffzellen und kleine Wasserkraftanlagen in Bürgerhand gefördert.

Die Klimakrise erhöht aktuell den Handlungsdruck, die Emission der Klimagase schnell zu reduzieren. Dafür sind Energiegenossenschaften unverzichtbar, denn die zukünftige Energieversorgung ist ein Gemeinschaftsprojekt und sollte dezentral erfolgen. Genossenschaften ermöglichen, dass die Menschen bei den notwendigen Veränderungen aktiv einbezogen werden und sind so Stützpfeiler der Energieversorgung und der Energiewende.

GENOSSENSCHAFTEN

BÜRGERWERKE EG, HEIDELBERG

Energie - dezentral in Bürgerhand

Mit über 40.000 Energiebürgerinnen und Energiebürgern stellt die Bürgerwerke eG den größten Zusammenschluss von Energiegenossenschaften in Deutschland dar. Als Dachgenossenschaft ermöglicht der Ökoenergie-Versorger seinen knapp 100 Mitglieds-genossenschaften, selbst erzeugten Ökostrom in die Region zu liefern und mit den Einnahmen die Energiewende in Bürgerhand voranzutreiben.

LAURA ZÖCKLER UND CHRISTOPHER HOLZEM,
HEIDELBERG

Gegründet wurden die Bürgerwerke 2013 von neun Energiegenossenschaften, zunächst vor allem aus dem Südwesten Deutschlands. Das Ziel: Den erzeugten Strom nicht nur ins Netz einspeisen, sondern direkt an Menschen zu liefern. Ressourcen können gemeinsam genutzt und so die Aufgaben eines Energieversorgers gestemmt werden. Dazu gehören besonders die Bündelung der Stromerzeugung und alle Themen rund um die Versorgung von Haushalts- und Geschäftskunden mit Bürgerstrom und Bürgerökogas. Die Energiegenossenschaften können so über die Bürgerwerke mit einer eigenen Strommarke auftreten, ohne sich um die Abwicklung im Hintergrund kümmern zu müssen.

Auf der jährlichen Generalversammlung stimmen alle Mitglieder demokratisch ab, wie es mit den Bürgerwerken weitergeht. Das Konzept kommt an: Inzwischen sind bereits 99 Energiegenossenschaften aus ganz Deutschland Mitglied – und die 100 werden im nächsten Jahr sicher überschritten. Auch die Kundenzahlen steigen rasant, nicht zuletzt, weil die Bürgerwerke auf Transparenz setzen.

Spätestens seit der Auseinandersetzung um den Hambacher Wald 2018 fragen sich immer mehr Menschen, woher ihr Strom stammt und wen sie mit ihrem Strombezug unterstützen. Bei den Bürgerwerken sind beide Aspekte transparent. Ein Teil des gelieferten Bürgerstroms stammt direkt aus Solar- und Windenergieanlagen der Mitgliedsgenossenschaften. Für den restlichen Strom ist das Wasserkraftwerk Töging in Bayern verfügbar. Dadurch können alle Kunden stets 100 Prozent Ökostrom beziehen.

Das Ökogas der Bürgerwerke-Gemeinschaft wird aus Abfällen der



▲ BU: Mitglieder der Bürgerwerke eG - Vertreter*innen von Energiegenossenschaften - beim Klimastreik 2019

Foto: Bürgerwerke eG

Zuckerrüben-Verarbeitung von einer Fabrik in Anklam in Mecklenburg-Vorpommern gewonnen. Auch hier kommt das Genossenschaftsprinzip zum Tragen: Die Zuckerrübenfabrik wird von der Tochtergesellschaft einer Genossenschaft von Landwirten betrieben.

Wissen, woher der Strom kommt

In Zeiten, in denen die Klimakrise immer weiter voranschreitet, bietet das Konzept der Bürgerwerke die Möglichkeit, selbst wirksam zu werden. Denn jede Kundin und jeder Kunde fördert nachweisbar mit dem eigenen Energieverbrauch die jeweilige Energiegenossenschaft in der eigenen Region. So wird greifbar, wohin das eigene Geld fließt und wie es für die Energiewende eingesetzt wird. Als Sozialunternehmen arbeiten die Bürgerwerke zu Selbstkosten und geben alle Überschüsse an ihre Mitgliedsgenossenschaften weiter.

Diese erhalten dadurch verlässlich zusätzliche monatliche Einnahmen und können in neue Anlagen, Personal oder Projekte für die Energiewende investieren.

Die Bürgerwerke verfolgen das Ziel der unabhängigen Energiezukunft, in den Händen von Bürgerinnen und Bürgern. Indem immer mehr Menschen Teil der Gemeinschaft werden, kommen die Bürgerwerke diesem Ziel Schritt für Schritt näher. Für die Zukunft liegt der Fokus auf der Initiierung neuer Erzeugungsanlagen, unabhängig vom Erneuerbaren-Energien-Gesetz. So wird die effektive Arbeit an der Energiewende gesichert und unabhängiger von politischen Rahmenbedingungen organisiert.

Vor allem setzen sich die Bürgerwerke für die Stärkung der Energiegenossenschaften ein. Eine aktuelle Studie von trend:research zeigt: Bürgerenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Fast ein Drittel

der installierten Leistung von Anlagen zur Stromerzeugung aus Wind, Solar- und Bioenergie sowie aus Wasserkraft und Erdwärme befindet sich in den Händen von Bürgerinnen und Bürgern. Damit das so bleibt und an Kraft gewinnt, kommt der Professionalisierung und Stärkung der Genossenschaften große Bedeutung zu. Nur mit tatkräftigen Energiegenossenschaften kann der Ausbau der Erneuerbaren ausreichend schnell gelingen.

Privatpersonen, die über ihren Energiebezug als Bürgerwerke-Kunden hinaus mehr bewegen wollen, können Mitglied in einer Bürgerwerke-Genossenschaft in ihrer Nähe werden. Dadurch schließt sich der Kreis: Der eigene Strom stammt nicht mehr von irgendeinem Anbieter, sondern von der Genossenschaft, in der man selbst Eigentümer ist. Über Dividendenausschüttungen oder die Vergabe von festverzinsten Darlehen an die regionalen Genossenschaften

können sie dann auch finanziell von der Energiewende in Bürgerhand profitieren.

Link zur Studie von trend:research:
<https://bit.ly/3B0mniw>

STUDIENHINWEIS

Eine neue Publikation, bezeichnet als »Handlungsleitfaden für Erzeuger-/Verbraucher-Gemeinschaften«, ist frisch erschienen. Die Broschüre entstand aus dem Projekt »Bürgerenergiegenossenschaften als Promotoren der Energiewende«. Sie richtet sich an Genossenschaften und Bürgerenergiegemeinschaften, die einen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten wollen. Herbert Klemisch vom Wissenschaftsladen Bonn erläutert zusammen mit Burghard Flieger die Rahmenbedingungen in drei zukunftsträchtigen Handlungsfeldern der Energiewende: Kalte Nahwärme, Mieterstrom und E-Mobilität. Herausgearbeitet werden genossenschaftliche Geschäftsmodelle anhand von Fallstudien mit anschließenden Schlussfolgerungen für die Arbeit von Energiegenossenschaften. Deutlich wird:

- Genossenschaftliche Mieterstromprojekte können sich durch die Anpassungen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) von 2021 mehr als vorher.
- Die Umsetzung kalter Nahwärme-Projekte erfordert intensive Kooperationen der Genossenschaften mit der planenden Kommune oder den Stadtwerken.
- Für genossenschaftliche Projekte zur Elektromobilität stehen zahlreiche Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Sie werden gestärkt durch eine bundesweite und europäische Vernetzungsstruktur in Form von Dachgenossenschaften.

Gefördert wurde die Studie vom Umweltbundesamt. Sie kann über folgenden Link heruntergeladen werden: <https://bit.ly/2YPJCue>

BUCHBESPRECHUNG

Handbuch des Rechts der Photovoltaik

Die technischen Entwicklungen der Photovoltaik-Stromerzeugung und ihr technisches Umfeld können als **atemberaubend bezeichnet werden: Die Charakterisierung als »Gamechanger« der Energiewende, eine Formulierung von Martin Maslaton, Autor des Handbuchs, stellt eine treffende Zuspitzung der Entwicklung dar. Vor ihrem Hinter-**

grund wurde die dritte Auflage des juristischen Handbuchs zur PV als praxisnahe Hilfestellung mit Spannung erwartet.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Neuauflage der umfassenden Veröffentlichung zu den breitgefächerten Themenbereichen der PV will fundierte theoretische, vor allem aber auch praktische projektbezogene Handreichungen bieten. Ziel ist es, zu typischen Fragestellungen von PV-Projekten rasch und gründlich zu informieren. Aufgrund der damit verbundenen, komplexen Rechtsanforderungen ein anspruchsvolles Unterfangen.

Von der Projektidee über die Standortfindung, Entwicklung und Realisierung bis hin zur Stromvergütung und den dazu nötigen Vertragswerken werden auch aktuelle Herausforderungen

der PV beleuchtet: Power Purchase Agreements (PPA, »Stromlieferungsverträge«), PV auf/an Infrastruktur und besonderen Flächen, zum Beispiel Wasserareale, PV und Raumordnung, um nur einige der vielfältigen Problemfelder zu benennen.

Das Handbuch richtet sich an alle Branchenteilnehmer. Ihnen soll zu allen wichtigen PV-Rechtsfragen ein Überblick gegeben werden. Der Autor, Professor für Umweltrecht an der TU Chemnitz will nicht nur Profis, sondern auch Privatleuten Hilfen zur Verfügung stellen, die sich eine Solaranlage aufs Dach legen möchten. Sie sollen aufgeklärt werden, welche rechtlichen Aspekte zu beachten sind und wo Fallstricke drohen. Dieser Anspruch wird nur begrenzt verwirklicht. Auch wenn die Informationen sehr umfassend sind und in einer systematischen und detaillierten Gliederung abgehandelt

werden, erweist sich die Lektüre selbst für aktive Akteure der PV-Branche als anstrengend - angesichts der komplexen Materie nicht verwunderlich. Für Privatleute (Laien) stellt die Schrift als Nutzungshilfe in der Praxis eher eine Überforderung dar.

Die Bezeichnung als Handbuch erweckt zudem falsche Hoffnungen. Erwartet wird durch den Titel eine geordnete Zusammenstellung, die auch als Nachschlagewerk genutzt werden kann. Ein umfassendes Stichwortverzeichnis dazu, auf welchen Seiten zu welchen Themen nachgeschlagen werden kann, fehlt aber. Das schränkt die Nutzbarkeit des »Handbuchs« für schnelles Nachschlagen im Alltag erheblich ein.

Maslaton, Martin: **Handbuch des Rechts der Photovoltaik, 3. Auflage 2021, Leipzig (Verlag für Alternatives Energierecht), 89,90 Euro**

ANZEIGE

Gemeinsam die Welt verbessern?
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040-2 35 19 79-0



LOCURA EG, KÖLN

Spagat zwischen Idealen und Überleben

Das Kölner Kollektiv »Locura« produziert argentinische »Empanadas« – gefüllte Teigtaschen. Sie wurden auf Festivals und als Catering bei Veranstaltungen verkauft. Während der Corona-Krise ist der Absatz dramatisch eingebrochen. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff sprach mit Ianna Gundert über das etwas andere Unternehmen und dessen Umgang mit der Krise.

CONTRASTE: Kannst du zunächst schildern, was die Idee von »Locura« ist?

Ianna Gundert: »Locura« ist spanisch und bedeutet »Verrücktheit«, und so empfanden es die Gründungsmitglieder, unter ihnen auch eine Argentinierin, als sie 2014 parallel zum Studium an der Alanus Hochschule bei Bonn ihr Empanadas-Kollektiv gründeten. Sie hatten verschiedene Berührungspunkte zu Argentinien, vor allem von ihrem Freiwilligendienst dort, und sie liebten die leckeren Empanadas und dachten, das müsste es doch auch hier in Deutschland geben. Es war von Anfang an klar, dass es etwas Selbstorganisiertes ohne Hierarchien sein soll.

Du bist dann 2016 dazu gekommen?

Ja, ich war auch in dem Studiengang »Wirtschaft neu denken« und hatte neben meiner Bachelor-Arbeit beim »Empanada«-Foodtruck mitgeholfen. 2018 haben wir dann unsere Genossenschaft gegründet.

Warum habt ihr euch für eine Genossenschaft entschieden?

Wir wollten vor allem vom Einzelunternehmertum weg. Da hätte Mario privat für alles gehaftet. Auch strukturell ist das eine hierarchische Sache. Wir fanden die Genossenschaft am sinnvollsten für uns. So können wir auch finanzierende Mitglieder integrieren.

Wie habt ihr eure Löhne geregelt?

Wir hatten verschiedene Lohnmodelle. 2018, als ich im Restaurant mitgearbeitet habe, das wir mittlerweile aufgegeben haben, hatten wir das bedürfnisorientierte Einkommen. Das heißt, alle konnten ihr Minimal- und Maximal-Bedürfnis angeben. Das haben wir dann wieder über Bord geworfen, weil wir plötzlich das Gefühl hatten, dass die Arbeitsbereitschaft nachlässt und der Lohnbedarf steigt (ganz vereinzelt, es waren nur eine oder zwei Personen). Es war auch schwierig, die Kultur von Verantwortlichkeit für sich, aber auch für die Gruppe zu entwickeln, auch wegen der ständig hohen Arbeitsbelastung.

Wie ist denn die Arbeitszeit?

Wir hatten noch vor kurzem von Montag bis Sonntag Dauerbetrieb an drei verschiedenen Standorten und da bleibt wenig Raum für kulturelle Arbeit. Jetzt haben wir folgendes Lohnmodell: Wir zahlen 35 Prozent vom Monatsumsatz als Lohn aus und teilen das durch die Stunden (es können aber auch mal bis zu 45 Prozent sein). Da wir auch den Mindestlohn zahlen müssen, obwohl wir alle Eigentümer*innen sind, aber auch angestellt, arbeiten wir die restlichen Stunden ehrenamtlich. Jetzt bei Corona sind wir oft bei fünf oder sieben Euro pro Stunde gewesen.

Was macht ihr mit dem Rest eurer Einnahmen?

Der dient dem Wareneinkauf, da rechnen wir mit 15 bis 20 Prozent. Außerdem gibt es ja Fixkosten, Miete, Strom usw.

Aber jetzt habt ihr kein Restaurant mehr...

Nein, aber wir haben noch den Ort. Wir stellen dort unseren Teig her – wir machen ja alles selbst und von Hand. Wir kochen unsere Füllungen und die Chimichurri, das ist eine Knoblauchsauce. Wir haben dort unser Lager und unseren Foodtruck parken wir dort. Auch ein anderer Foodtruck, Los Carnales, hat da seinen Stellplatz und ein Lager. Zudem gibt es einen georgischen Verein, der das Restaurant betreibt. Wir nehmen von denen Miete ein, wobei es natürlich während Corona keine Einnahmen gab. Das heißt, wir mussten das erst mal tragen, bis sie die staatliche Unterstützung bekommen. Das hat uns natürlich



▲ Das Kölner Kollektiv »Locura« produziert argentinische »Empanadas«.

Foto: Locura eG

auch Schwierigkeiten bereitet: Wenn irgendwer nicht zahlen kann, dann müssen wir trotzdem unsere Kosten decken. Jetzt hoffen wir, dass es nicht nach Corona, aber mit einem gedämpfteren Corona wieder ein bisschen angenehmer läuft. Wir gehen davon aus, dass sie staatliche Unterstützung bekommen und dann ihre Schulden bezahlen können.

Zusätzlich haben wir eine solidarische Lohnrunde. Wir können der Person, die die Löhne bearbeitet, eine Email schicken und sagen: »Ich brauche noch soundsoviel« oder »Ich kann soundsoviel noch abgeben«. Dann wird das verrechnet und das Geld wird noch mal ein bisschen hin und her geschoben, wenn das notwendig ist.

Seid ihr dadurch gerade in Corona-Zeiten besser aufgestellt als herkömmliche Betriebe?

Ja, dadurch dass wir uns selbst verwalten, unseren Lohn selbst bestimmen und finanziell solidarisch sind, uns gegenseitig sichern, haben wir eine viel höhere Resilienz. Wir haben viel mehr Ideen, die integriert werden. Es ist auch manchmal schwierig, aber es gibt eine viel höhere Kreativität dadurch, dass mehrere Leute mitdenken und entscheiden können.

Habt ihr denn durch Corona mehr Zeit für die Kommunikation gewonnen?

Wie man's nimmt – alles was wir ausprobiert haben, braucht ja auch wieder viel Zeit. Dann suchen wir Orte, wo man Mittagessen anbieten kann, dann recherchieren wir da; für Chimichurri bauen wir das Verkaufssystem auf, sprechen mit Läden und so weiter. Also Dinge neu zu entwickeln, braucht ganz viel Zeit. Wenn wir Caterings haben, ist es ein klarer Ablauf. Wenn wir etwas neu entwickeln, muss man immer wieder etwas umstellen und ausprobieren und dann wieder umplanen und so. Wir haben uns also nicht gelangweilt.

Ihr seid ein Kollektiv und arbeitet solidarisch – habt ihr noch weitere Ideale? Auf eurer Webseite steht, dass ihr mit Idealen wirtschaftet...

Das eine ist die Selbstorganisiertheit. Außerdem ist es uns wichtig, uns selbst auch weiterzubilden und zu fördern in den persönlichen Ichs, so dass dadurch ein starkes Wir entsteht. Was uns auch wichtig ist, ist der ökologische Aspekt. Seit einer Weile sind wir 100 Prozent bio-zertifiziert. Wir setzen außerdem auf Kooperation statt Konkurrenz mit anderen Firmen. So haben wir zum Beispiel eine Kooperation mit »Himmel un Ääd« – das ist ein ganz junges Unternehmen. Sie bieten

Biokisten mit E-Lastenrädern an. Und sie bieten nichts an, was von weiter weg als 300 Kilometer kommt. Noch viel näher, gleich hier in unserer Nachbarstadt Hürth liegt der Demeterhof »Kräuterkind«. Von denen beziehen wir regelmäßig unsere Petersilie, so dass wir ihnen durch eine gewisse Abnahme eine Stabilität mit ermöglichen.

Welche neuen Ideen habt ihr in der Corona-Krise entwickelt?

Wir haben vieles überlegt. So wollen wir eine Kooperative im Verbund mit anderen Kleinunternehmen mit ähnlichen Gedanken und Idealen auf Augenhöhe gründen, so dass sich für alle Rationalisierungseffekte ergeben.

Welche Änderungen habt ihr eingeführt, seit die Corona-Krise euch getroffen hat?

Als Corona angefangen hat, haben wir uns überlegt: Wie können wir weitermachen? Unser Hauptgeschäft waren Streetfood-Festivals oder generell Festivals und Catering. Das ist alles weggebrochen. Wir hatten Umsatzeinbußen von 90, 95 Prozent. Wir hatten aber immerhin noch den Foodtruck und haben dann angefangen, damit auch ins Mittagsgeschäft zu gehen. Wir haben angefangen, die Chimichurri in Bioläden reinzubringen.

Wir haben vor dem Clubbahnhof im Stadtteil Ehrenfeld einen festen Standort für einen zweiten, gemieteten Foodtruck bekommen. Aber das bringt noch lange nicht den Umsatz, den wir brauchen. Da haben wir uns überlegt, unsere Empanadas auch als Tiefkühlkost anzubieten, auch für Bioläden. Wir hatten Schachteln bedrucken lassen, aber das hat sich wieder ein bisschen verloren, weil wir gemerkt haben: Der Aufwand ist zu groß. Das ist auch zu viel Arbeit für uns und die Ökobilanz ist schlecht. Wir haben vieles ausprobiert: da mal probiert und da mal und immer versucht, uns über Wasser zu halten. Noch ist es gelungen. August und September liefen ganz gut, weil wir wieder Festivals hatten und Catering-Aufträge zurückkamen. Jetzt hoffen wir auf den Weihnachtsmarkt.

Das erinnert mich an John Holloway, der in »Kapitalismus aufbrechen« die kleinen Risse im profitorientierten System hoch hält (das haben wir in unserem September-Schwerpunkt auszugsweise nachgedruckt) – seid ihr also auch so ein kleiner Riss?

Ja, wir setzen auf Solidarität, Kooperation, Selbstorganisation, Regionalität, Biodiversität, Ressourcenschonung statt Profitmaximierung. Wir haben ein Statut verfasst, in dem festgelegt wird, dass wir Gewinne nicht an uns selbst

ausschütten, wenn es dazu kommt. Wir haben darin bestimmt, dass wir uns maximal das Durchschnittseinkommen in unserer Region auszahlen werden und sobald dann Geld übrig bleibt, wird es anhand einer Liste ausgeschüttet, die unsere Prioritäten darlegt. Wir werden die Kosten senken, so dass unser Produkt günstiger wird, wir wollen Lieferanten mehr für die Zutaten bezahlen, oder wir spenden das Geld an gleichgesinnte Projekte.

Ihr habt in eurem Profil die Attribute regional, nachhaltig, international hervorgehoben. Das Internationale hast du noch nicht beschrieben?

Damit meinen wir eine internationale Kulturalität, im Sinne von: Wir bringen die argentinische Esskultur hierher, und vor allem: Unser Team (zur Zeit zehn Kollektivmitglieder plus vier weitere Mittuende) ist sehr divers. Wir sind momentan dreisprachig – deutsch, spanisch und englisch. Menschen aus unterschiedlichen Ländern kommen bei uns zusammen. Wir haben eine Diversität in Sachen Herkunft, haben auch eine Diversität in Sachen Geschlecht und so weiter.

Wollt ihr denn wachsen oder eher nicht?

Wir sind gerade dabei, uns wieder zu verkleinern. Wir wollten Anfang des Jahres wachsen, wir wollten neue Produkte machen: Passata, Aufstriche... Das hätte zwangsläufig dazu geführt, dass wir hätten wachsen müssen. Wir hätten mehr Leute gebraucht. Wir waren zwischenzeitlich schon zwanzig. Da haben wir gemerkt, dass es schwer ist, mit so vielen unsere Kultur zu halten und haben entschieden: Nein, wir müssen uns auf uns fokussieren, auf unser Kerngeschäft. Wir machen es auch immer noch so, dass wir unsere Chimichurri nur in inhabergeführten Bioläden verkaufen.

Aber es gibt immer weniger davon...

Ja, was machen wir da? Ich habe mich immer sehr stark dagegen gewehrt, in Alnatura reinzugehen, aber ich muss sagen, seit den letzten Wochen und Monaten habe ich immer wieder mit dem Gedanken gespielt... da gibt es dann wieder das Gegenargument: Naja, wenn wir mehr Reichweite haben, werden mehr Leute auf uns aufmerksam und bekommen auch viel mehr von der Idee mit... Aber ich bin jetzt mit dieser Kooperation mit Himmel un Ääd, mit dieser regionale-Produkte-Entwicklung zuversichtlich, dass wir einen gemeinsamen Vertriebsweg finden, der unabhängig ist von so Alnatura-Geschichten. Es wird sich zeigen.

Link: www.locura.de



CAFÉ-KOLLEKTIV, MARBURG

Entscheidungsfreiheit trotz äußeren Zwängen

Wir sind ein Kollektiv, das seit 41 Jahren das Café in Marburg betreibt. Derzeit sind wir zehn Menschen – durchmischt von alt bis jung, von einem bis 38 Dienstjahren. Das Café ist seit jeher ein explizit politischer Raum: Veranstaltungsort, Spenden-Sammelpunkt, kleinstädtische Plakatwand, linksradikale Poststelle und natürlich der Platz, an dem unsere kollektive Auseinandersetzung passiert. In erster Linie wollen die Gäste hier aber Kaffee trinken, den Lahn-Blick genießen und unter Leuten sein.

DAS CAFÉ-KOLLEKTIV

Wenn wir darüber nachdenken, wie Corona für uns als Kollektivbetrieb war (und ist), dann fällt uns als erstes ein, dass unsere Struktur, die von Solidarität, gleichen Rechten und konsensuellen Aushandlungsprozessen bestimmt ist, ihre großen Stärken gezeigt hat. Zwar wurden wir durch die Pandemie mit mehr und ganz anderen Zwängen konfrontiert, als wir das durch den Kapitalismus sowieso kennen: Regelungen über Schließen und Öffnen – und wenn ja wie – oder finanzielle Hilfen kamen oft kurzfristig und schwer durchschaubar. Aber als Kollektiv haben wir viel Übung in Selbstverwaltung und immer versucht, zuerst zu schauen, wie es uns selbst mit den jeweiligen Einschränkungen geht. Dazu hat völlig selbstverständlich gehört, dass niemand von uns durch die Krise arbeitslos wird oder nicht mehr genug Geld zum Leben hat. Das Kurzarbeitergeld haben wir auf unseren vollen Lohn aufgestockt, auch als das irgendwann bedeutete, Kredite aufzunehmen. Auch unseren Umgang mit Urlaub und Arbeitszeit haben wir zwischen den Lockdowns ziemlich flexibilisiert, da wir durch das Risiko und die unterschiedliche Belastung in der Pandemie (Vorerkrankungen, Kinderbetreuung, ...) einfach nicht alle gleich viel machen konnten. Dann haben wir auch immer die vorgegebenen Hygienemaßnahmen mit unseren eigenen Überlegungen abgestimmt und im Zweifelsfall oft den weitestgehenden Wunsch umgesetzt. So bestanden wir zum Beispiel im August im Innenraum weiterhin auf der 3G-Regelung, obwohl das im Landkreis nicht mehr Vorschrift war.

Solch eine Entscheidungsfreiheit konnten wir uns auch dadurch leisten, dass wir ein stabiles, über lange Zeit gewachsenes Netzwerk um uns haben. Die anderen Marburger Kollektive, besorgte Stammgäste, ehemalige Kollektivist*innen; Menschen, die während der Lockdowns



▲ Das Café-Kollektiv

Zeichnung: Schelli

Gutscheine gekauft und dann in der Schublade vergessen haben.

Vor allem aber haben unsere Vorgänger*innen über vier Jahrzehnte daran gearbeitet. Das äußert sich einerseits etwa darin, dass uns das Gebäude gehört, in dem sich das Café befindet und wir daher zumindest nie Miete aufbringen mussten. Andererseits trägt uns ein großes Vertrauen in unsere kollektiven Strukturen, anstatt dass wir in herausfordernden Momenten in autoritäre Denkweisen verfallen oder in Panik alles über den Haufen schmeißen, was uns bisher auszeichnet.

Trotzdem gibt es natürlich Aspekte, in denen uns Corona spezifisch als Kollektiv ganz schön getroffen hat. Normalerweise treffen wir uns jeden Montagabend zum Großputz, gemeinsamen Abendessen und anschließend der Koll-

sitzung. Zu Putzen gab es lange nichts, Abendessen ging nicht mit Mundschutz. So blieb nur die Sitzung, die wir im ersten Lockdown aus Unsicherheit auch ausfallen ließen und die dann im zweiten eher zu einer sozialen Notwendigkeit wurde: oft mehr Quatschen und Kaffeetrinken gegen Langeweile und Einsamkeit, wo sonst wichtige Entscheidungen über Großbaustellen oder Streits über die Üppigkeit von Tellerdekoration stattfinden. 2020 haben einige von uns außerdem über Monate aus Sorge vor Ansteckung nur in festen Zweier- und Dreier-Teams gearbeitet, so dass das Gefühl von Isolation selbst im Arbeitsalltag präsent blieb.

Außerdem sind wir von einer relativen finanziellen Sicherheit in eine Unsicherheit gestürzt worden, die sich zwar nicht auf individueller Ebene auswirkt, dafür aber auf unsere Zahlungs-

fähigkeit zum Beispiel bei notwendigen Reparaturen. Für diejenigen von uns, die noch nicht so lange dabei sind, ist das eine ungewohnte Verunsicherung – für diejenigen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen werden, verkompliziert es das beruhigende Gefühl, die Verantwortung in gutem Zustand abgeben zu können.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir immer mal wieder unangenehme Auseinandersetzungen mit Corona-Leugner*innen hatten. So verfassten wir bereits im Sommer 2020 ein Statement gegen die Weiterdenken-Demos in Marburg, das wir seitdem auf unseren Tischen auslegen. Als Antwort darauf verloren wir ein paar Kund*innen und hatten ein paar mehr oder weniger unangenehme Diskussionen, aber letzten Endes erfuhren wir vor allem Solidarität von Seiten unserer Kundschaft. Gleichzeitig stört es uns sehr, uns bei der Umsetzung der jeweilig aktuellen Corona-Regeln im Café manchmal wie Ordnungsbeamte zu fühlen: »Stell dich da rum an; halte 1,5 Meter Abstand; setz die Maske auf.«

Trotz aller Widrigkeiten durch die Pandemie haben wir den Eindruck, als Kollektiv eher gestärkt aus der Krise herauszukommen. Wir machen also weiter – solidarisch und kollektiv und versuchen jeden Tag dem real existierenden Kapitalismus ein bisschen gelebte Utopie entgegenzusetzen, bis dieses menschenverachtende System endlich überwunden ist.



» ARSCH UND FRIEDRICH«, NÜRNBERG

Kollektiv ohne Kollektiv

Wir sind derzeit vierzehn Kollektivist*innen, die die Kneipe »Arsch und Friedrich« betreiben sowie Kulturangebote in Nürnberg veranstalten. Niemand im Kollektiv lebt von seiner Arbeit im Kollektiv, was aber nicht heißt, dass der Lockdown nicht einige Kollektivist*innen empfindlich getroffen hätte.

MICHAEL SPIEGEL, » ARSCH UND FRIEDRICH«

Wir arbeiten nach dem Konsensprinzip und nicht gewinnorientiert. Die meiste Arbeitszeit für das

Kollektiv ist ehrenamtlicher Natur, lediglich die Kneipenschichten werden mit dem Mindestlohn vergütet. Man kann sich das »Arsch und Friedrich« eher als ein äußerst ambitioniertes Hobbyprojekt von Menschen für Menschen vorstellen, statt als ein wirklich professionell geführtes Unternehmen.

Auch wenn uns Corona auf vielfältige Art und Weise getroffen hat, sind doch die zwischenmenschlichen Belastungen und Herausforderungen am gravierendsten gewesen. Die Information, dass ein tödlicher Virus grassiert, beendete auf einen Schlag das soziale Miteinander. Das ein- bis zweiwöchentliche Plenum, die gemeinsamen Abende in der Kneipe und der Kontakt zu unseren Gästen wurden verboten (Lockdown), krass eingeschränkt (Coronaregeln) oder mit einer Aura des Risikos (Ansteckung) verbunden.

Zu Beginn der Krise gab es keine großen Probleme, unser Plenum von einem analogen in ein digitales umzuwandeln. Unsere Gesprächskultur während der Plena war gut, so dass die Verzögerung durch schlechte Verbindungen und auch die anderen Hürden des Digitalen gut von uns gemeistert werden konnten. Im Rausch des Ausnahmezustands während des ersten Lockdowns war die Beteiligung an den Plena hoch, ähnlich wie der Optimismus, dass man das alles schon schaffen würde.

Mit der Zeit verlor der Ausnahmezustand seine aktivierende Wirkung. Ohne Kneipe oder Veranstaltungen gab es wenig Gesprächsstoff. Klar

war die Tatsache, dass die Miete gezahlt werden muss, aber es so gut wie keine Möglichkeit gibt, Geld zu generieren. Der sonst so gesellige und kreative Prozess, die Kneipe zu betreiben und mit Leben zu füllen, war zu einer frustrierenden und repetitiven Verwaltungsaufgabe verkommen. Oft waren die Plena nur minimal besetzt. Die eigene Anwesenheit fühlte sich nicht mehr obligatorisch, sondern optional an.

Dies verwundert aber nicht, da jede*r von uns noch sein Privatleben, welches auch vollkommen auf den Kopf gestellt wurde, zu bewerkstelligen hatte. Sich da noch mit der Stadt über einen Außenbereich zu streiten (»Mehr als zwei Sitzplätze sind nicht drin, sorry!«) oder über die Feinheiten der neuesten Regeländerungen in der Innegastronomie (die für Bars eh nicht zählen, aber hey) zu diskutieren, sind zusätzliche Belastungen, die für viele einfach nicht mehr drin waren. So lief das Kollektivleben bis zu dem Zeitpunkt, an dem alle geimpft waren, ziemlich auf Sparflamme. Lichtblicke waren auf jeden Fall die »Exil«-Veranstaltungen, an denen wir uns mal wieder alle persönlich sehen, als Kollektiv wirksam sein und auch Geld für die Miete verdienen konnten. (Nochmal ein großes Danke an Quellkollektiv e.V., Kulturoasis e.V., MUZ – Musikzentrale Nürnberg e.V. uvm.)

Die große Herausforderung, vor der wir jetzt als Kollektiv stehen, ist, das Kollektiv wieder in Schwung zu bekommen. Nach über einem Jahr der Inaktivität, in der sich auch die Leben der

Kollektivist*innen ohne das Kollektiv weiterentwickelt haben, ist ein Zurück zum alten Tagesgeschäft keine leichte Aufgabe. Nicht nur müssen Zeit- und Arbeitskapazitäten neu ausgehandelt werden, sondern auch »Pflicht«-Termine wie das Plenum müssen wieder neu gelernt werden. Ganz wie es vor der Krise war, wird es wahrscheinlich nicht mehr werden. Fest steht aber: Das »Arsch und Friedrich«-Kollektiv wird so schnell nicht aufgeben.

Was noch ganz wichtig ist: Neben den Möglichkeiten, hier und da eine Veranstaltung zu machen, war die Solidarität unserer Gäste eine ganz, ganz große Motivation für uns, weiterzumachen. Wir haben neben wärmenden Worten Spenden von Gruppierungen wie auch von Einzelpersonen erhalten. Man merkt in solchen Momenten, dass all die Arbeit und Mühe, die man investiert, auch bei den Menschen ankommt und dass wir mit unserer Kollektivarbeit durchaus einen Unterschied machen. Deswegen möchten wir allen Menschen, die in allen erdenklichen Weisen an uns gedacht haben, von Herzen danken. Ohne euch wäre das alles nicht möglich gewesen. Auch wenn Kohle natürlich wichtig ist, waren es vor allem eure Worte, Beiträge und Aktionen, die uns motiviert haben, nicht aufzugeben. Danke an euch!

Links:

<https://www.facebook.com/arschundfriedrich>
<https://www.instagram.com/dasarschundfriedrich/>

ANZEIGE

SoZ Sozialistische Zeitung

Jetzt Probeexemplar bestellen oder gleich Abo abschließen

Demnächst in neuem Gewand und neuen Rubriken, aber weiter mit den festen Größen

- Ökologie
- Kapital & Arbeit
- Internationales

Unter dem Motto Revolution für die SoZ - SoZ für die Revolution haben wir uns neu aufgestellt, um mit unserer Monatszeitung für den Widerstand nützlich zu sein. Werde Teil davon.

kampagne@soz-verlag.de | www.sozone.de



REGENBOGENFABRIK, BERLIN

» Wie sind näher zusammen gerückt, natürlich mit Abstand! «



▲ Archivfoto der Regenbogenfabrik

Foto: Lupo Finto

Trotz aller Anzeichen haben uns die Pandemie-Einschränkungen im März 2020 kalt erwischt. Unsicherheiten und Ängste machten sich breit. Recht schnell mussten Entscheidungen getroffen werden, wie was weitergeht. Wir konnten feststellen, dass wir in der Krise näher zusammen rücken – natürlich mit dem angesagten körperlichen Abstand. Wir haben sofort unsere Gremienstruktur dahingehend verändert, dass wir nicht mehr im zweiwöchentlichen Rhythmus Entscheidungen diskutieren und treffen, sondern wöchentlich. Schließlich war uns klar, dass sich die Regenbogenfabrik in ihrer größten Krise seit den 80er Jahren befand.

ANDY WOLFF VOM REGENBOGENFABRIK-KOLLEKTIV

Natürlich war es für alle Kolleg*innen sehr anstrengend, sich mit den Ängsten, Unsicherheiten, Veränderungen und Problemen, die die Pandemie persönlich mitbrachte, und den Problemen und Fragen, die sich für die Regenbogenfabrik stellten, gleichzeitig herumzuschlagen. Es war aber auch gut, diese (Arbeits-)Welt mit sozialen Kontakten zu haben – im Gegensatz zu vielen anderen Menschen, die in eine vollkommene Isolation gerieten. Vor allem in den Arbeitsbereichen wurde viel über den Umgang mit den Pandemie-Gefahren und den Einschränkungen diskutiert, zum Beispiel wie definieren wir »Familie« – in den ersten Verlautbarungen des Senats tauchte das Wort »Wohngemeinschaft« gar nicht auf. Zwischen den Arbeitsbereichen haben wir konsequent Abstand gehalten bzw. Masken getragen. Insgesamt hatten wir im Herbst 2020 nur zwei Kolleg*innen mit schulpflichtigen Kindern, die positiv auf Corona getestet wurden bzw. in einem Fall auch erkrankt sind. Unser internes Hygiene-Konzept hat anscheinend funktioniert.

Unsere Belange hauptsächlich in Online-Konferenzen zu diskutieren, fühlte sich für uns nicht gut an, weil die emotionale Ebene bei dieser Art von Treffen doch sehr untergeht. Aber auch weil einige Kollektivist*innen »kein Interesse an der neuen« Technik« hatten/haben und damit ausgeschlossen waren. Wir sind dann recht schnell zu Hybrid-Treffen übergegangen. Unser Kinosaal ist im Zusammenspiel von Internet, Notebook, Beamer und Raummikrofon dafür wunderbar geeignet.

Solidarisch und sozialverträglich

Betroffen von den Pandemie-Einschränkungen waren alle Bereiche der Regenbogenfabrik. Dennoch waren alle Kollektivist*innen unterschiedlich betroffen, zum Beispiel hatten die Erzieher*innen der Kita erst mal keine Arbeit mehr, aber die Finanzierung durch die Bezirke ging weiter, die Kantine musste ihren Mittagstisch ohne finanzielle Kompensation einstellen. Schon auf unserem ersten Nottreffen am 16. März 2020 konnten wir die Weichen für die nächste Zeit stellen, auch wenn uns nicht klar war, dass dies für einen so langen Zeitraum gelten würde.

»Solidarisch und sozialverträglich« wurde ausgehandelt, wer in Kurzarbeit geht und welche Tätigkeiten, die nicht zum normalen Alltag gehören, ausgeführt werden können. So waren die Selbsthilfwerkstätten (Fahrrad- und

Holz) nach 39 Jahren plötzlich keine Selbsthilfe- bzw. »Hilfe zur Selbsthilfe«-Projekte mehr, sondern wurden zu Auftragswerkstätten (bis heute).

Die Kita-Renovierung und -Sanierung, die für die normale Sommerschließzeit vorgesehen war, wurde vorgezogen. Das Hostel hatte kaum Gäste. Also wurde auch dort renoviert. Kultur konnte ab 16. März gar nicht mehr stattfinden. Unsere letzte Veranstaltung war zum Fabrikgeburtstag (geboren bzw. besetzt am 14. März 1981). Verwaltung und Buchhaltung mussten teilweise unbekannte und ungewohnte Tätigkeiten übernehmen und lernen, zum Beispiel die Beantragung von Kurzarbeiter*innengeld und Corona-Hilfen und sind zum Teil ins Home-Office gegangen.

2020 sind wir finanziell recht glimpflich durch das Jahr gekommen. Ein Spendenaufruf an unser in Jahrzehnten aufgebautes Netzwerk und auch direkte Nachfragen aus diesem, ob wir Geld benötigten, sorgte dafür, dass der gemeinnützige Verein, der unter anderem die Selbsthilfe-Werkstätten, Kita und Kultur betreibt, auf staatliche Unterstützung, außer auf Kurzarbeiter*innengeld, verzichten konnte, und unsere Existenzangst schon Anfang April 2020 fast überwunden war.

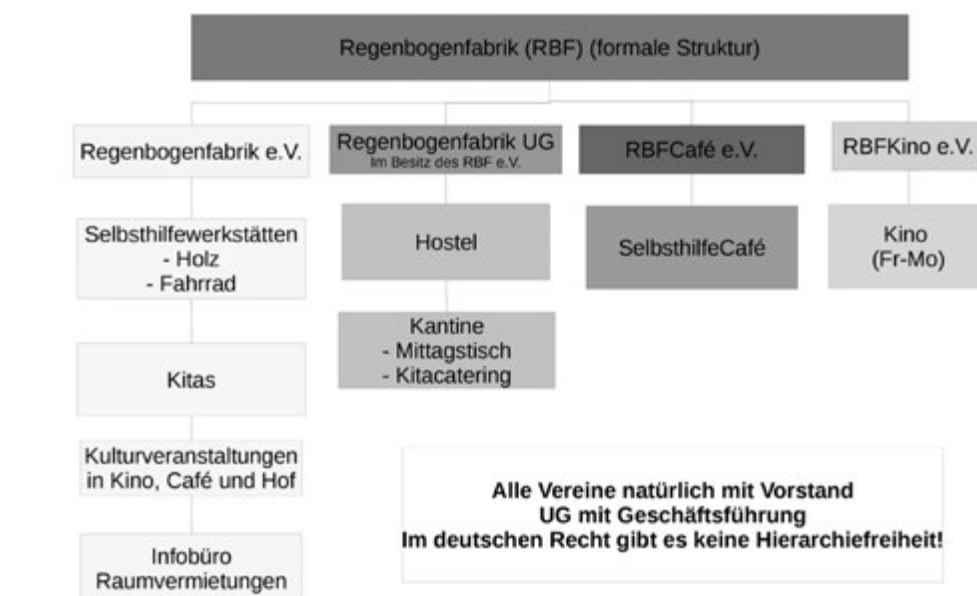
Kredit aus dem Netzwerk

Unsere Teilbereiche Kantine und Hostel, die aus steuerrechtlichen Gründen seit zehn Jahren zusammen eine eigene Firma (UG) im Besitz des Vereins sind, haben sowohl Kurzarbeiter*innengeld als auch Corona-Hilfe in Anspruch genommen. Dennoch mussten wir einen Kredit über mehrere 10.000 Euro aufnehmen. Dabei waren wir zum Glück auch nicht auf Banken oder dem Staat angewiesen: Er wurde uns aus unserem Netzwerk zur Verfügung gestellt. (Toll war eine der Begründungen: »Die Regenbogenfabrik ist systemrelevant für Selbstorganisation.«) Dieser Kredit sorgte schon Ende April dafür, dass die UG finanziell gesichert ins Jahr 2021 kam. Manche Ängste brauchten wir also nicht mehr haben (Arbeitsplatzverlust etc.).

Das RegenbogenfabrikCafé (ein eigener Verein), kurz vor der Pandemie am 1. Februar 2020 zum Selbsthilfe-Café »umgebaut«, ist ebenfalls seit dem 16. März 2020 geschlossen. Seitdem haben wir kaum Einnahmen, außer im Spätsommer/Herbst 2020 durch geringfügige Raumnutzung durch selbstorganisierte Gruppen. Die Miete bekommen wir immer noch hauptsächlich durch Spenden rein.

»Lebte« die Regenbogenfabrik in den 39 Jahren vor der Pandemie sehr stark durch die Menschen, die uns besuchten, unsere Angebote und Räume nutzten, so waren wir einige Monate nur mit uns »beschäftigt«, aber immerhin hatten wir uns und auch immer noch sinnvolle Beschäftigung. Wir konnten die Zeit aber auch für interne Diskussionen, zum Beispiel über den »Kollektiv-Binnenvertrag«, produktiv nutzen.

Ich möchte nicht verschweigen, dass uns Corona-bedingt zwei Kolleg*innen (schon zu Beginn der Pandemie (April bzw. Mai 2020) verlassen hatten: Einerseits begründet mit Unzufriedenheiten mit unseren Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, die durch die Krisensituation noch größer für sie wurden. Andererseits



▲ Ornigramm der verschiedenen Bereiche in der RBF

Foto: Regenbogenfabrik

hatten die Ausstiege auch andere persönliche Gründe, und zumindest in einem Fall war die Krise im Projekt letztendlich der »Anlass, auszuweichen«. (Da wir diese Stellen nicht neu besetzt haben, stellten die Ausstiege eine finanzielle Entlastung dar.) Einen späteren (krankheitsbedingten) Ausstieg eines Kollegen haben wir auch nicht durch Neueinstellung kompensiert.

Der Kultur-Bereich

Für den März/April 2020 hatten wir viele Veranstaltungen geplant und vorbereitet. Mit Lesungen, Musik-Theater und Konzerten wollten wir unseren Geburtstag intensiv feiern. Das alles wurde abgesagt bzw. verschoben, teilweise mit Ersatzterminen, die dann auch teilweise wieder verschoben werden mussten. Zur Kultur gehören für uns auch politische und soziopolitische Veranstaltungen, die auch nur zwischenzeitlich möglich waren. Kino war ebenfalls verboten. Im Juni 2020 war die erste Kulturveranstaltung auf der Regenbogenfabrik wieder möglich: Zur »Fête de la musique« hatten wir den ersten Live-Stream in der Regenbogenfabrikgeschichte. Ein Hofkonzert mit einem Kinderliedermacher und der Combo »Blechblase« und nur ganz wenigen Zuschauer*innen vor Ort. Ab Juli fanden mehrere Veranstaltungen auf dem Hof statt, unter anderem »30 Jahre AK-Kraak«, Soliflohmarkt für LGBT-Insass*innen in US-Gefängnissen, eine Chile-Solidaritätsveranstaltung und ein Hofkonzert mit dem Kreuzberger Männerchor. Ab September startete wieder ein relativ normales Kulturprogramm mit enormem zusätzlichem Aufwand und Investitionen wegen des notwendigen Hygiene-Konzeptes. Auch Filme wurden wieder von der Kinogruppe gezeigt. Alles natürlich mit erheblich weniger Zuschauer*innen, auch weil ein Teil unseres Publikum kein »Risiko« eingehen wollte. Ab November folgte wieder die komplette Einstellung der Kultur.

Im letztem Quartal des Jahres war der Bedarf nach großen Räumen, in denen die Abstandsregeln eingehalten werden können, für Treffen und Seminare von selbstorganisierten Gruppen, die sich im Sommer draußen treffen konnten, sehr groß, der Kinosaal konnte so ab September 2020 sinnvoll genutzt werden. Seitdem wurde der Kinosaal nur noch für geschlossene Veranstaltungen (auch eigene Treffen) genutzt.

Politische Themen wieder diskutieren

Schon im Frühjahr 2020 hatten wir zusammen mit einigen Künstler*innen angefangen, Videos zu produzieren, um wenigstens ein wenig Kultur zu erleben und den Künstler*innen die Möglichkeit zu geben, sich »auszutoben«. Dies wurde ihm November und Dezember wieder aufgenommen. Jetzt mussten wir uns auf eine längere Phase der Kulturfreiheit einstellen. Und wir planten keine öffentlichen Veranstaltungen mehr, da das Absagen und ständige Verschieben sehr belastend war. Die negativsten Prognosen bei uns waren damals (November 2020) von einer Schließung bis einschließlich März 2021 ausgegangen – was für ein Irrtum!

Ende November organisierten wir dann die erste politische Live-Infoveranstaltung über Big Blue Button (BBB) gegen die Privatisierung

der S-Bahn in Berlin. Als Perspektive für die kommende Periode investierte die RBF in neue Technik; Kameras und ein Live Stream-fähiges Videomischpult wurden angeschafft. Es ging auch darum, wieder verstärkt politische Veranstaltungen in der Regenbogenfabrik durchzuführen, da wir zum Ende des Jahres leider feststellen mussten, dass viele politische Themen fast nur noch durch Demonstrationen oder Kundgebungen »ein Publikum« bekamen. Informationen, Diskussionen und damit Austausch selbst innerhalb von politischen Gruppen wurden immer weniger, Netzwerke waren inaktiv.

Nach Erlernen der neuen Technik, konnten wir im Februar 2021 mit unserer Veranstaltungsreihe (zu »Verdrängung ...« starten. Pünktlich zu unserem 40. Fabrikgeburtstag »sendeten« wir am 14. März 2021 unsere erste Veranstaltung live auf youtube, den Dia-Vortrag zur Vorgeschichte der RBF »Von der Feuerwache zur Regenbogenfabrik«. Ab Mai 2021 konnten dann diverse Veranstaltungen mit Publikum und (natürlich) Hygienekonzept auf dem Hof stattfinden. Jetzt planen wir wieder Veranstaltungen im Kinosaal einschließlich Kinovorstellungen.

Fazit

Corona hat die Regenbogenfabrik verändert. Wir haben immer noch keine Selbsthilfe in den Werkstätten, wir haben weniger bezahlte Arbeit (konnten aber alle Projekte erhalten), finanziell droht uns immer noch das berühmte Schwert. Aber es hat sich auch gezeigt: In der Krise können wir uns intern und extern auf die Solidarität verlassen. Und das ist die wichtigste Erkenntnis, die uns Corona gebracht hat.

Links:

www.regenbogenfabrik.de,
<https://regenbogenfabrik40.blog/>

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit
Kaffee & Tee von
zapatistischen Kooperativen
und vom CRIC/Kolumbien



Espresso aus
handwerklicher,
kollektiver
Trommelröstung

Kaffee Kollektiv
Zapatista

Am Veringhof 11
21107 Hamburg
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:
www.aroma-zapatista.de



AUF EXTRATOUR, KÖLN

» Am schlimmsten ist die wahnsinnige Unsicherheit «

Vor 35 Jahren hat Jochen Pankoke das Kölner Buskollektiv »Extratour« mitgegründet und damit eine kleine Erfolgsgeschichte geschrieben. Doch die Corona-Pandemie setzt dem Betrieb seit eineinhalb Jahren ordentlich zu – und ein Ende der Auswirkungen ist derzeit noch nicht in Sicht. CONTRASTE-Redakteurin Regine Beyß hat mit Jochen Pankoke über die lange Geschichte und die Zukunftsperspektiven der Firma gesprochen.

CONTRASTE: Jochen, wie habt ihr damals angefangen, als ihr 1986 euer Kollektiv gegründet habt?

Jochen Pankoke: Anfangen haben wir zu zweit. Wir haben uns Geld von Bekannten geliehen, um uns damit den ersten Bus zu kaufen, der hat damals 20.000 DM gekostet. Den Begriff »Crowdfunding« gab es damals noch nicht, aber so in etwa lief das ab. Später waren wir dann zu viert und haben noch einen weiteren Bus gekauft. Wir haben nach dem Prinzip »Jeder macht alles« gearbeitet. Dazu gehörte dann natürlich das Busfahren selbst, aber auch die Büro-Tätigkeiten, die Finanzen, Putzen und Reparaturarbeiten. Niemand sollte für uns die Drecksarbeit machen. Dieses Prinzip war nicht immer wirtschaftlich und wir konnten davon auch anfangs nicht leben, sondern mussten noch andere Geldquellen nutzen. Geld war aber auch nie unsere Motivation.

Was war denn eure Motivation?

Also zum einen wollten wir selbstbestimmt und ohne Chef arbeiten. Wir wollen möglichst keine oder flache Hierarchien im Betrieb. Zum anderen hatten wir Lust auf diese Mischung von verschiedenen Tätigkeiten. Wir mussten natürlich »handfeste« Dinge tun, wie Busfahren, Putzen und Reparieren. Und wir konnten gleichzeitig mit Menschen arbeiten. Diese Vielseitigkeit fanden wir toll. Wir haben ja auch ganze Reisen geplant und vorbereitet – das machen wir heute auch noch. In ganz NRW gab es damals übrigens kein einziges Buskollektiv.

Hättest du damals gedacht, dass der Betrieb so lange existieren wird?

Nein. Wir hatten überhaupt keine Vorstellung damals, wie lange wir das machen möchten. Es hat einfach Spaß gemacht. Also natürlich gibt es auch immer Sachen, die keinen Spaß machen – vor allem, da niemand von uns eine Ausbildung in dem Bereich hatte. Wir mussten uns in vieles erst einarbeiten, zum Beispiel in das große Thema »Steuern«. Und wir haben dementsprechend auch oft anders gewirtschaftet als andere Betriebe. Wir haben zum Beispiel nur solche Investitionen getätigt, die wir uns auch leisten konnten und nicht alles »auf Pump« finanziert.

Welche Unterschiede gab oder gibt es heute noch zu anderen Busunternehmen?

Früher waren die Unterschiede noch größer. Wir hatten halt nicht diese teuren Busse, sondern für uns und unsere Kundschaft war die Atmosphä-



▲ Jochen Pankoke sitzt am Steuer direkt an der Ligurischen Küste, im Hintergrund die Bungalowanlage, in der die Reisegruppe wohnt.

Foto: Auf Extratour

re wichtiger. Wir meinen, dass gute Busfahrer einen sehr großen Anteil zum Gelingen Ihrer Reise beitragen. Wir nutzen die Vorteile von Gruppenreisen – nette Mitreisende treffen und sich nicht um alles selber kümmern müssen –, bemühen uns aber auch darum, die Wünsche der Einzelnen einzubeziehen und die Gruppe am Programmablauf zu beteiligen. Damals waren noch Dinge erlaubt, die wir heute gar nicht mehr machen könnten, wie zum Beispiel einen Spielbereich für Kinder im Bus einzurichten. Inzwischen hat sich einiges geändert, die Ansprüche der Kund*innen und auch die Rahmenbedingungen sind andere. Und die »normalen« Busbetriebe sind auch besser geworden, im Sinne von: Die achten jetzt auch auf Dinge, die ihnen früher nicht so wichtig waren.

Und ihr habt von Anfang an auch politische Arbeit gemacht, oder?

Ja, wir wollten mit unserer Arbeit auch zu politischen Veranstaltungen beitragen, indem wir Leute zu Aktionen bringen. Inzwischen haben wir da auch einiges an Erfahrung, wenn es zum Beispiel darum geht, unsere Fahrgäste möglichst nah an einen bestimmten Treffpunkt zu bringen, und die Polizei gleichzeitig versucht, weiträumig Busse abzufangen. Nach einer Demo in Hamburg haben wir auch mal eine Weile vor dem Knast gestanden, um auf zwei Personen zu warten, die verhaftet wurden. Da können wir schon gute Sachen machen und die politischen Gruppen unterstützen. Es gibt Busunternehmen, auch hier in Köln, die fahren zu einer Demo in Dresden und haben sowohl einen Bus mit Antifas als auch einen Bus mit Nazis. Denen ist egal, wen sie fahren – Hauptsache, sie verdienen Geld damit.

Inzwischen seid ihr ja gar kein Kollektivbetrieb im eigentlichen Sinne mehr, sondern eine GmbH mit zwei Geschäftsführern. Wie kam es dazu?

Wir waren vorher eine Personengesellschaft. Das gesamte Risiko lag bei der Person, die damals die Prüfung für den Busbetrieb absolviert hatte. Zwei Menschen sind aus dem Kollektiv ausgestiegen – aus unterschiedlichen Gründen. Es ist halt viel Zeit, die man in so einen Kollektivbetrieb investieren muss, auch durch die Art der Organisation. Und einige wollten das nicht mehr. Gleichzeitig hatten wir inzwischen drei bis vier Busse, denn je mehr Busse du hast, umso wirtschaftlicher kannst du arbeiten. Und dann haben wir entschieden, den Betrieb in eine GmbH umzuwandeln und haben unseren heutigen Namen »auf Extratour« angenommen. Ab dann hatten wir auch Angestellte.

Wir haben immer wieder angeboten, dass die Leute auch in die Firma bzw. in das Kollektiv

einsteigen können, aber daran gab es wenig Interesse. Gleichzeitig haben die Leute, glaube ich, immer sehr gerne bei uns gearbeitet, weil sie die Vorteile von einem alternativen Betrieb genießen konnten, also flache Hierarchien, ein angenehmes Betriebsklima, mehr Rücksichtnahme aufeinander... Uns war auch immer wichtig, dass die Firma weiterhin zu uns passt. Es gab Zeiten, da hätten wir sehr viel mehr Aufträge annehmen können, aber das wollten wir nicht.

Werbung machen wir auch seit Jahren schon keine mehr. Neukunden kommen in der Regel dadurch, dass Stammkunden begeistert von ihren Reisen in der Bekanntheit erzählen. Das hat den großen Vorteil, dass die Leute zu uns und unseren Reisen passen, bei denen die Gäste nicht wie Schafe hinter dem Reiseleiter hinterherlaufen.

Und wie ist eure Situation jetzt, in Zeiten von Corona?

Für 2020 hatten wir eigentlich volle Auftragsbücher. Unsere Firma stand insgesamt ziemlich gut da – wir sind inzwischen auch ziemlich bekannt, in der politischen Szene sowieso. Aber dann kam die Corona-Krise und die war für uns vor allem geprägt von wahnsinnigen Unsicherheiten. Unsere Angestellten konnten wir mit Kurzarbeitergeld weitgehend durchbringen, aber für uns Inhaber gab es im Grunde nichts. Das heißt, wir haben vor allem von unseren Rücklagen gelebt. Da spielt auch noch ein Thema rein, zu dem wir uns bei der Gründung des Kollektivs sehr wenig Gedanken gemacht haben: die Altersvorsorge. Wir waren ja die ganzen Jahre selbstständig und haben nicht eingezahlt. Und unsere Idee war, dass wir ein gewisses Kapital haben, wenn wir mit der Firma aufhören, das wir dann für unseren Lebensunterhalt nutzen können. Das ist in den letzten Monaten aber deutlich geschmolzen: Die Busse standen natürlich sehr viel rum, haben an Wert verloren und kein Geld eingebracht. Und aktuell kannst du auch keine Busse verkaufen, denn alle haben die gleichen Probleme damit...

Das heißt, ihr könntet zum jetzigen Zeitpunkt eigentlich gar nicht aufhören?

Genau. Das geht im Moment gar nicht. Unsere Mitarbeiter*innen haben sich inzwischen andere Jobs gesucht – verständlich, denn die Perspektive bei uns ist noch sehr unklar. Es ist ja auch so, dass wir nicht einfach wieder losfahren können, nur weil die Pandemie-Maßnahmen aufgehoben werden. Ein Restaurant kann sofort wieder öffnen, aber wir haben eine gewisse Vorlaufzeit. Und viele sind unsicher, inwiefern sie Reisen für nächstes Jahr planen sollen. Die Folgen der Krise werden wir also noch weiterhin zu spüren bekommen.

Wir hätten schon noch viele Ideen, was wir machen könnten, auch um die Firma moderner aufzustellen. Aber wir sind beide um die 60 Jahre alt und haben nicht die Energie, uns nochmal ganz neu aufzustellen. Wir halten auch die Augen auf, nach jüngeren Leuten, die zu uns passen und Lust hätten, bei uns einzusteigen – aber wie gesagt, die Perspektiven für die ganze Branche sind unsicher. Zumal sie ja auch davon abhängt, was in anderen Ländern passiert, welche Veranstaltungen stattfinden dürfen und so weiter. Gleichzeitig ist Busfahren aus der Klima-Perspektive durchaus zukunftsfähig. Es ist die ökologischste Fortbewegung für weite Strecken, sogar besser als Bahnfahren.

Inwiefern haben die Corona-Maßnahmen denn eure Arbeit verändert?

Abgesehen davon, dass viele Reisen einfach nicht stattfinden konnten, ist die Arbeitsbelastung gestiegen. Ich war gerade mit einer Reisegruppe in Italien – und ich musste die gesamte Gruppe vorher anmelden. Kontrolliert wurde das aber nirgendwo. Außerdem braucht es solche Dinge wie eine Sitzordnung im Bus. Und die Beantragung von Überbrückungshilfen, das ist eine einzige Katastrophe. Es ist sehr kompliziert, vor allem auch in unserer Branche, weil wir oft Ausgaben im Ausland haben. Anzahlungen, die wir für 2020 schon getätigt hatten, haben wir teilweise gar nicht wieder gesehen. Und es ist nicht leicht, unsere Ausfälle konkret zu dokumentieren.

Gleichzeitig haben wir Schwierigkeiten, unser Programm zu gestalten, weil wir nicht wissen, wie die Situation nächstes Jahr sein wird. Große Reiseveranstalter*innen haben für nächstes Jahr schon alle Unterkünfte in Deutschland geblockt. Wenn bei uns jetzt eine Schule anfragt, um eine Klassenfahrt zu organisieren, dann bekommen wir wahrscheinlich gar keine Unterkunft mehr.

Und wie wollt ihr nun weitermachen?

Die Idee ist, unseren Betrieb kleiner zu machen und noch ein paar Jahre durchzuhalten, um dann mit einigen Rücklagen aufhören zu können. Das ist natürlich nicht schön, wenn die Geschichte des eigenen Betriebs, der bekannt und beliebt ist, dann so endet. Das geht sicherlich auch anderen Leuten so. Es ist ja auch eine emotionale Geschichte. Was schön ist, sind die Rückmeldungen unserer Kund*innen, die uns immer bestärken, nicht aufzugeben. Die fühlen sich schon mit uns verbunden und wollen auch nächstes Jahr wieder mit uns auf Tour gehen.

Link:
www.auf-extratour.de

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

REPRESSION GEGEN UMWELTAKTIVIST*INNEN

Ella - seit zehn Monaten in Haft!

An über 100 Orten wurde am 1. Oktober, dem Jahrestag des Räumungsbeginns für den A49-Bau, der Film »Ella« uraufgeführt. Er zeigt, wie Polizei und Justiz Beweise unterschlugen und Falschaussagen konstruierten, um eine bis heute unbekannte Klimaschützerin seit über zehn Monaten im Gefängnis zu halten.

JÖRG BERGSTEDT, PROJEKTWERKSTATT SAASEN

Falschaussagen der Polizei und ein erschreckendes Gerichtsurteil: Seit einem Jahr sitzt eine bis heute nicht identifizierte Klimaaktivistin in Untersuchungshaft. Die unter dem Pseudonym »Ella« bekannte Ex-Waldbesetzerin wurde am 26. November 2020 im Baumhausdorf »Nirgendwo« inmitten des Dannenröder Waldes aus 15 Meter Höhe von Spezialkräften der nordrhein-westfälischen Polizei heruntergeholt und verhaftet. Seitdem tobt eine erbitterte Auseinandersetzung darum, was damals geschah. Die eingesetzten Polizisten, Staatsanwaltschaft und die mit Inhaftierungsfragen befassten Gerichte warfen der Aktivistin vor, durch gezielte Tritte ins Gesicht der Polizisten schwere Verletzungen oder sogar deren Tod in Kauf genommen zu haben, weil diese bei der Festnahme nicht gegen das Herunterfallen gesichert gewesen seien. Im Juni 2021 verurteilte das Amtsgericht Alsfeld »Ella« deshalb zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis.

Unterstützer*innen der Angeklagten und Prozessbeobachter*innen zweifeln diese Version jedoch an. Auf den im Gericht gezeigten, von der Polizei selbst aufgenommenen Videos seien keine solchen Tritte zu sehen. Gut zu erkennen seien hingegen die Sicherungen der Beamten, die folglich nicht herunterfallen konnten. Das Gericht hatte sich für diese Beweisvideos nicht interessiert und Anträge der Verteidigung abgelehnt. Es beachtete ausschließlich die Aussagen der Polizei. Deren Erzählungen aber wirkten abgesprochen. Daher vermuten »Ellas« Unterstützer*innen, dass an ihr ein Exempel statuiert wurde, um sie und andere Umweltschützer*innen einzuschüch-



▲ Am 1. Oktober 2021 wurde an vielen Orten ein Film uraufgeführt zum gesamten »Fall Ella«. Das Bild stammt von einem Ankündigungsplakat.

tern. Dafür sei eine Lügenstory erfunden und von den Beamten vorgetragen worden, während die Videos und dazugehörige Beweisanträge vom Gericht missachtet wurden, da die Aufnahmen deutlich belegten, dass die Beschuldigungen nicht zuträfen. Nur dadurch war die Verurteilung möglich, so dass »Ella« jetzt in der JVA Frankfurt-Preungesheim auf die Berufung wartet, die ab Dezember oder Januar vor dem Landgericht Gießen ausgetragen wird. »Ella« wird dabei von einem Team aus mehreren Anwält*innen und einem Freiwilligenteam mit juristischer und eigener Klettererfahrung unterstützt.

Brisanter Film entlarvt Lügen

Um die erfundenen Vorwürfe widerlegen zu können, werteten

mehrere Personen in den vergangenen Monaten sehr viel Material aus und verfolgten auch die Gerichtsverhandlung in Alsfeld aufmerksam. Aus eigenen Dokumenten und Videos sowie aus den Polizeiaufnahmen, die im Gerichtsprozess gezeigt, aber nicht beachtet wurden, zeichneten sie die tatsächlichen Abläufe nach. Als erstes entstand daraus eine Nachstellung der Räumungssituation als Theater, welche bereits zweimal aufgeführt wurde, einmal in Wiesbaden im Rahmen einer Demonstration und einmal am Dannenröder Wald. Dann kam ein Film hinzu, der am 1. Oktober an fast 100 Orten gleichzeitig gezeigt wurde, unter anderem als OpenAir-Präsentation an der JVA Frankfurt-Preungesheim, in der Ella gefangen gehalten wird, am Dannenröder Wald und vor dem Landgericht

Gießen. Der Film beginnt mit Passagen über die politische Einordnung (Protest gegen A49, Form der Auseinandersetzung/Räumung, Ziele repressiver Einschüchterung). Dann folgen anhand von Ausschnitten der öffentlichen Nachstellung und den Originalvideos präzise Nachweise, dass die Darstellungen der Anklage falsch waren. »Die Lügen und das Urteil hatten das Ziel, andere Menschen von ähnlichen Aktionen abzuschrecken«, kritisiert einer der Filmautoren. Darum sei es wichtig, den Fälschungen entgegenzutreten und der rechtswidrigen Inhaftierung ein Ende zu bereiten. Der Film endet mit dem Aufruf, Ella sofort freizulassen und den Skandal aufzuklären. Dazu sollen die Zuschauer*innen auch an den zuständigen Richter beim Landgericht Gießen appellieren, sich

den Film ebenfalls anzuschauen und entsprechend zu handeln.

Die Beweise, dass Anklage, Haftgründe, das erstinstanzliche Urteil, die Aussagen der beteiligten SEK-Beamten und die Beschuldigungen unwahr sind, wirken erdrückend. »Der Film muss zur Freilassung von Ella führen – und zu umfangreichen Ermittlungen wegen Falschaussagen, Freiheitsberaubung, Rechtsbeugung und Verfolgung Unschuldiger«, heißt es aus dem Kreis der Menschen, die das Material für den Film zusammengetragen und die Filmentwürfe immer wieder diskutiert und verändert haben.

Alle Informationen zum Film »Ella« und zur Gefangenunterstützung sowie Briefe der Gefangenen unter: <https://ella.siehe.website> und <https://freethemall.blackblogs.org>

ANZEIGE



bell hooks
Feminismus für alle

148 Seiten | 14 €
ISBN 978-3-89771-337-6

Eine Einladung an alle, Teil einer inklusiven und solidarischen feministischen Bewegung zu werden

Der Feminismus, für den bell hooks das Wort ergreift, zielt auf einen ganzheitlichen Wandel ab. Persönlich und leicht verständlich, klar und präzise erklärt bell hooks in *Feminismus für alle*, weshalb es die feministische Bewegung gibt, warum es sie braucht und vor allem, warum sich ihr alle anschließen können und sollten.



Ika Hügel-Marshall,
Nivedita Prasad &
Dagmar Schultz (Hg.)

May Ayim
Radikale Dichterin,
sanfte Rebellin

zahlreiche farbige Abbildungen
304 Seiten | 19,80 Euro
ISBN 978-3-89771-094-2

Zum 25. Todestag der großen Dichterin: bisher unveröffentlichte Gedichte, Texte sowie Erinnerungen ihrer Wegbegleiter*innen

UNRAST – Neuerscheinungen



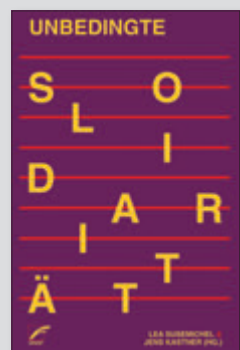
Andy Robinson
Gold, Öl
und Avocados
Die neuen offenen Adern Lateinamerikas

320 Seiten | 19,80 €
ISBN 978-3-89771-092-4

Die Plünderung Lateinamerikas im 21. Jahrhundert

»Wir Lateinamerikaner sind arm, weil der Boden, auf dem wir stehen, reich ist.« Eduardo Galeano

Andy Robinson folgte einigen der Reiserouten, die Eduardo Galeano in seinem Klassiker und Welt-Bestseller *Die offenen Adern Lateinamerikas* vor 50 Jahren beschrieben hat, und ist mit einer Reportage voller klarer Worte zurückgekehrt. Er blickt in die noch immer offenen Adern Lateinamerikas und beschreibt schonungslos, was er vorfindet: sowohl ökologische als auch menschliche Katastrophen, die durch Ausbeutung und die andauernde Plünderung der Ressourcen bis heute verursacht werden.



Lea Susemichel &
Jens Kastner (Hg.)
Unbedingte
Solidarität

312 Seiten | 19,80 €
ISBN 978-3-89771-291-1

Solidarität ist kein Tauschgeschäft mit Kosten-Nutzen-Abwägung

Unbedingte Solidarität ist die Herausforderung der Stunde. Von allen Seiten wird eine Erosion von Solidargemeinschaften beklagt, die sich nicht zuletzt in einer zunehmenden Fragmentierung linker sozialer Bewegungen zeigt. Die meist erbittert geführten Debatten um Identitätspolitik zeugen davon. Dieses Buch plädiert dafür, Solidarität nicht nur als bloße Parteilinie für die Gleichen und Ähnlichen zu fassen. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wie Solidarität auch mit denjenigen möglich ist, mit denen wir nicht gemeinsame Erfahrungen, das Geschlecht und die Herkunft teilen.



Carl Kinsky
Proud Boys
Trumpismus
und der Aufstieg
ultranationalistischer
Bruderschaften

88 Seiten | 7,80 €
ISBN 978-3-89771-150-1

Rechte Bruderschaften in den USA

Bei der Erstürmung des US-Kapitols im Januar 2021 spielten die »Proud Boys« eine Schlüsselrolle. Wie keine andere Gruppe stehen sie seitdem für den Erfolg extrem rechter Mobilisierungen und die damit einhergehende Zunahme rassistischer Gewalt.



Kalendergruppe
Antifaschistischer
Taschenkalender
2022

208 Seiten | 7 €
ISBN 978-3-89771-699-5

Der tägliche Begleiter für die Hosentasche

Stets aktuell von undogmatisch aktiven Menschen gemacht, ist der Antifa-Kalender mittlerweile ein nicht wegzudenkender Begleiter für Einsteiger*innen wie auch für die Erfahrenen unter den politisch Aktiven.

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de

» Gar lustig waren sie anzuschauen — Mit Rucksack, Stock und Laute «

»Wer hat euch Wandervögeln / Die Wissenschaft geschenkt / Dass ihr auf Land und Meeren / Nie falsch den Flügel lenkt / Daß ihr die alte Palme / Im Süden wieder wählt, / Daß ihr die alten Linde / Im Norden nicht verfehlt!« heißt es auf einem Grabstein auf dem Dorffriedhof Dahlem. Dem Mythos nach soll von jener Grabinschrift die Benennung der Jugendbewegung Wandervogel inspiriert worden sein, die sich am 4. November 1901 im Ratskeller des Rathauses Steglitz konstatierte.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Steglitz war 1901 eine Kleinstadt mit 25.000 Einwohner*innen. An der Stelle, an der damals das Rathaus stand und heute eine Shopping Mall protzt, erinnert eine Gedenktafel an die Gründung des Wandervogel-Vereins. Bereits fünf Jahre zuvor hatte der Jurist Hermann Hoffmann-Fölkersamb mit seiner Wanderleidenschaft eine Vorlage geboten.

Die Gründung eines solchen Vereins lag regelrecht in der Luft. Es war die Zeit, in der auch Lord Baden-Powell die Boy Scout-Bewegung begründete, als deren deutscher Ableger 1911 der deutsche Pfadfinderbund entstand. Gleichzeitig war es die Zeit der Reformbewegungen, mit denen das Programm des Wandervogels bzw. seiner Abspaltungen korrespondierte. Die Ertüchtigung des Körpers, Freikörperkultur (FKK), der Verzicht auf Alkohol und Nikotin sind ebenso wie die Romantisierung der Natur und »Heimat« Bezugspunkte. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Mode – weg von der Korsettmode zu Gunsten einer praktischen Kleidung. Während die Gebrüder Grimm einst Volksmärchen sammelten, so sammelten die Wandervögel deutsches Volksliedgut.

Ein Teil davon wurde im bekannten Liederbuch »Der Zupfgeigenhansl« (1909) abgedruckt. Das Wandern, Sich-gegenseitig-Vorlesen und gemeinsame Musizieren schafften ein Gemeinschaftsgefühl – und einen Ort ohne Eltern für die anfänglich rein männlichen Bünde aus bürgerlichen Haushalten. Es ließe sich auch als Initiierungsphase in die Erwachsenenwelt bzw. Loslösungsprozess vom Elternhaus lesen.

Um 1905 tauchten dann auch die ersten Wanderschwestern auf, was in den Kreisen des Wandervogels nicht unumstritten war. So war die rein männliche Gemeinschaft der ursprünglichen Wandervogel ein homoerotisches Ideal. Gerade für den Schriftsteller Hans Blüher, dessen Erinnerungen an den Wandervogel eine sehr wichtige Rolle in der modernen Rezeption spielen, ist der Wandervogel ein Bund, an dem er seine Ideale und Vorstellungen von Homosexualität festmacht. Auch in anderen Publikationen, zum Beispiel in Europas erster Schwulenzeitung »Der Eigene«, wird der Wandervogel wiederholt zum Thema von Artikel und Prosa.

Aber auch die Reformpädagogik schaute auf den Wandervogel und versuchte, neue Pädagogik in den Reihen dieser Jugendbewegung zu etablieren – vorrangig Ludwig Gurlitt. Der Wandervogel war aber mehr als das: Es war der Beginn einer Jugendbewegung und das Vorbild von (allen) späteren Jugendverbänden – von der Hitlerjugend, Falken, über die Naturfreundejugend bis zur Freien Deutschen Jugend (FDJ). Alle diese Jugendverbände haben als Vorläufer jenen Verein aus Steglitz, der bis 1914 auf 40.000 Mitglieder anwuchs.

Der Wandervogel ist – wie sich schon andeutet – ein sehr vielschichtiges Thema und ein Kristallisationspunkt für viele Strömungen und Entwicklungen. Einer der wesentlichen Aspekte ist dabei sicherlich sein Bezug zur ökologischen Bewegung.

Im Wandervogel herrschte eine romantisiertes Naturbild vor. Bis heute lassen sich in der deutschsprachigen Ökologiebewegungen Spuren der deutschen Romantik und ihrer Verklärung der Natur wiederfinden. In Verbindung mit dem ebenfalls sehr stark in der deutschen Gefühlswelt verankerten Liebe zur »Heimat« war ein Teil des Wandervogels auch anfällig für Parolen à la »Naturschutz ist Heimatschutz«. Ein Teil der recht heterogenen Bewegung wird später zum Rekrutierungspotential des Nationalismus und der konservativen Revolution.

Ein wichtiges Verbindungsglied zwischen dem Wandervogel, der Ökologiebewegung und der konservativen Revolution stellte der Autor Ludwig Klages dar. Seine Rede »Mensch und Erde« (Neuaufgabe bei Matthes & Seitz) beim Treffen im Jahr 1913 wurde zu einer der wichtigsten Programme der sich damals konstituierenden Ökologiebewegung. Der Ort, der erste Freideutsche Jugendtag in Hohenmeißen, und das Publikum – nämlich Wandervögel – verdeutlichen die enge Verbindung zwischen der Jugend- und der Ökologiebewegung.

Vor diesem Hintergrund ist die Würdigung des Wandervogels eine zwiespältige Angelegenheit. So revolutionär und emanzipatorisch die Grundgedanken waren, so bildete er ebenso den Nährboden für reaktionäre Strömungen wie den Nationalsozialismus.

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten besiegelte die Geschichte



▲ Gedenktafel an die Gründung des Wandervogel-Vereins in Steglitz Foto: Yvonne Schwarz

des Wandervogels. Zwischen 1933 und 1935 wurden die bestehenden Gruppen aufgelöst bzw. zwangsweise in die Hitlerjugend überführt. Versuche, Nachfolgeorganisationen nach dem Ende des Nationalsozialismus zu gründen, gab es zwar, aber diese

blieben im Vergleich zur ursprünglichen Bewegung marginal.

Am 2. November findet ein Vortrag des Autors über den Wandervogel an der VHS Steglitz als Online-Veranstaltung statt. Anmeldung über die VHS erforderlich.

120 JAHRE FRANCISCO FERRERS MODERNE SCHULE

» In der Schule liegt die Zukunft «

Dieses Jahr steht unter dem Zeichen der Jubiläen zweier besonderer Schulprojekte – einerseits die britische Internatsschule Summerhill (CONTRASTE Nr. 439, April 2021), die zum Synonym für »antiautoritäre Erziehung« wurde, und andererseits Francisco Ferrers »Escuela Moderna«. Letztere ist zwanzig Jahre älter, konnte sich aber auf Grund der politischen Umstände in Spanien jener Zeit nicht halten bzw. wurde verboten.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

An dem Gebäude, wo jene revolutionäre Schule in Barcelona einst stand, erinnert heute eine Gedenktafel an den Gründer und sein Projekt. Endete sein Schulprojekt in Spanien bereits

1909, hatte es eine große pädagogische Ausstrahlungskraft über die Landesgrenzen hinaus. In anarchistischen und Freidenkerkreisen in Deutschland wurde das Konzept diskutiert, während es in den USA zu einer Vielzahl (ca. 60!) von Schulgründungen kam.

Ähnlich wie Leo Tolstoj, dessen Schulgründung auf seinem Anwesen in Jasnaja Poljana als Geburtsstunde der freien Schulen-Bewegung gilt, orientierte sich Francisco Ferrer (1859-1909) an seinen Schüler*innen – und nicht an religiösen Katechismen. Er vertrat den Anspruch, an seiner Schule nur Stoff zu vermitteln, der auf rationalen Erkenntnissen beruhen – und nicht auf Glaubensgrundsätzen. Dies war natürlich ein klarer Affront

gegenüber der katholischen Kirche, die das spanische Bildungswesen zu jener Zeit bestimmte und die großen Wert auf die Vermittlung des Katechismus legte. Mehr noch als das, er trat für den koedukativen Unterricht ein, das heißt gemischt-geschlechtliche Klassen. Das Verhältnis von

»Eingangstor des neuen Weges der menschlichen Freiheit zu sein: das ist Aufgabe der Modernen Schule.«
(Anselm Lorenzo im Vorwort zu Ferrers »Die moderne Schule«)

Jungen und Mädchen war in etwa ausgewogen, wie die von ihm in seinem Band »Die moderne Schule« aufgeführten Statistiken belegen. Der Unterricht richtete sich aber nicht nur

an Kinder und Jugendliche. In einem Land wie Spanien, das zu jener Zeit unter einer hohen Anzahl von Analphabet*innen litt, sah Ferrer auch die Notwendigkeit, die Eltern seiner Schüler*innen zu unterrichten. Die Schule bot somit Abendkurse an, die sich an die Eltern richteten. Bei diesen

wurden zum Beispiel Grundlagen der Hygiene vermittelt.

Neben den Problemen mit den klassischen Autoritäten wie Staat und Kirche sah man sich aber auch mit anderen Herausforderungen konfrontiert. Welche Schulbücher sind geeignet, einen freien Geist zu fördern und verzichten auf die Vermittlung von nationalen und religiösen Wertvorstellungen? Ein Problem, das sich auch heute noch stellt – zum Beispiel in Bezug auf die Darstellung von BPOC in Schulbüchern oder von Geschlechterrollen. Für den Geographie-Unterricht fragte Ferrer keinen geringeren als Elisée Reclus, einen bekannten französischen Anarchisten und prominenten Geographen, um Rat. Dieser konnte ihm aber nur antworten, das es kein Geographie-Lehrbuch gäbe, was frei von Nationalismus sei. Er soll sich selber als Autor eines neuen Geographiebuches für die Schule angeboten haben.

Gut 20 Jahre später hat der deutsche Anarchist Walter Borgius in seiner Schrift »Die Schule – Ein Frevel an der Jugend« auch die ideologische Prägung des Geographieunterrichts geißelt – und der Gründer des weltweit ersten Anti-Kriegs-Museums, Ernst Friedrich, verfasste antimilitaristische Kinderbücher, um der schulischen Indoktrinierung etwas entgegenzusetzen. Ferrer wusste und formulierte als Credo: »In der Schule liegt die Zukunft. Auf anderem Grunde wie dem der Schule aufbauen, heißt, auf Sand bauen. Unglücklicherweise kann die Schule sowohl den Zwecken der Tyrannei wie denen der Freiheit dienen und kann darum sowohl Mittel des Barbarismus wie auch der Kultur sein.«

Vieles, von dem, was er anstieß und versuchte im Rahmen einer weltlichen Schule umzusetzen, klingt für uns heute alltäglich. Dennoch zog er als Neuerer damals den Hass auf sich und wurde – unter fadenscheinigen Begründungen – zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde trotz weltweiter Proteste vollstreckt. Die Erinnerung an Ferrer wird heute noch in den Kreisen von Anarchist*innen und Freidenker*innen hochgehalten. Einzog in die Annalen der Pädagogikgeschichte hat er hingegen nicht gefunden.

Buchtipps:
Francisco Ferrer: Die Moderne Schule, herausgegeben von Ulrich Klemm, Verlag Edition AV Frankfurt a. M. 2003.

ANZEIGE

ARBEIT
BEWEGUNG
GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint 3 x jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag.
ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) • Ab 1. 1. 2022: 39 € (49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropol-verlag.de METROPOL

AUSSTELLUNG ZUR MEDIENGESCHICHTE DER SOZIALEN BEWEGUNGEN IN KÖLN

Die Kunst (nicht nur) des Klebens



▲ 1977. Der Klebtrupp des Kölner-SSK macht öffentlich: Das neu geplante »Museum Ludwig« kostet Millionen DM, während das Soziale darniederliegt.
Foto: Gernot Huber

Plakate sind Medien für den öffentlichen Raum, »spezielle Medien für Meinungen und Botschaften und in Zeiten geläufiger, in denen besonders gestritten wird«, notiert Martin Stankowski in der Einführung zur Ausstellung »Anschläge. Fünf Jahrzehnte politische Plakate in Köln«. Ein Besuch.

WOLFGANG HIPPE, KÖLN

Ein Plakat ist »kostenlos zu lesen und erreicht viele. Es ist einfach herzustellen und meinungsstark«. Und es kann problemlos an »Bauzäunen, Häuserwänden, Bahnunterführungen oder Litfaßsäulen« platziert werden, auch wenn das Ankleben da und dort eine Verfolgung wegen »Sachbeschädigung« nach sich ziehen könnte (und kann). Das ist die einfache Version. Vor Gericht gestritten wurde und wird auch schon mal über die plakative Botschaft, was mit zusätzlicher Publizität verbunden ist. Aktuelle Beispiele dafür gibt es zuhauf.

Eine in der Ausstellung weiter präsente (historische) Variante des Plakats ist die »Wandzeitung«, mit der etwa Flugblätter in großem Format reproduziert und verklebt wurden. Daneben haben auch andere Medien für die damals so genannte »Gegenöffentlichkeit« im Sinne der Initiativen gesorgt: das »Kölner Volksblatt« (Start: 1973) oder das Videomagazin »Kölner Wochenschau« (Start: 1976 als »erstes politisches Videoformat der Bundesrepublik«). Aus dem Redaktionsarchiv des Volksblattes entstand schließlich das KölnArchiv, das Materialien der politischen und sozialen Bewegungen der Stadt zusammenführte und aus dessen Bestand als Basis die Ausstellung entwickelt wurde.

Eines der übergreifenden Themen ist die Gestaltung der Plakate selbst, Fragen der Typografie, der präzise Umgang mit wenig Text und der Einsatz von Fotos. Im »Volksblatt« waren »Fotoseiten« Teil des redaktionellen Konzepts, eben weil »Fotos und Bilder immer ein zentrales Medium der öffentlichen Kommunikation« seien, so Stankowski. Volksblatt, Wochenschau und Plakatproduktion waren personell eng verbunden, Zentrum dabei der alternative Druckbetrieb in Köln-Niehl.

Visualisierte Geschichte

In den 1970er Jahren galt Köln als ein Hotspot der »Alternativbewegung« mit einer Vielzahl von Initiativen, die sich in Sachen Gegenöffentlich-

keit (»Enteignet Springer«), Stadtteilarbeit, Hausbesetzungen und dem Kampf gegen Obdachlosigkeit engagierten, die Zustände in der Psychiatrie kritisierten oder in der Frauenbewegung, dem Kampf gegen Krieg für Frieden, dem Einsatz für einen »kritischen Katholizismus« oder in der Ökologie-Bewegung aktiv waren. Die Ausstellung gliedert sich entsprechend. Neben der Vorstellung der Macher (Druckbetrieb, Zeitung, Grafiker, Fotografen) werden in zwölf Abteilungen die einschlägigen Themen präsentiert – unsentimental und treffsicher. Mit dem Slogan »Es geht ums Geld und nicht ums Leben« wird etwa das Thema Abtreibung aufgenommen: der »§ 218« wird auf einer Geldmünze vorgestellt: »Geld für Ärzte. Arbeitskraft für Unternehmer. Futter für Kanonen.« Geld regnet es auch im wahrsten Sinne des Wortes bei den »GeldAnschlägen«. In hoher Auflage wurden verschiedene imitierte »1.000 DM«-Scheine gedruckt und etwa als »Muelheimer Sanierungsgeld« ausgegeben.

Breiten Raum nimmt die Dokumentation der Aktivitäten der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) und der Sozialistischen Selbsthilfe (Köln-) Mülheim SSM ein. »Kaum eine Initiative, kaum ein Projekt in Köln hat eine so reiche Geschichte« wie diese Gruppen: »Die Aktionen von SSK/SSM wurden immer und von Anfang an öffentlich erklärt, begründet, es wurde um Unterstützung gebeten und im Clinch mit Behörden, Polizei, Hausbesitzern oder Gerichten wurde über die Forderungen und Strategien informiert. Plakate wurden zum zentralen Medium«, so dass über die Jahre ein »Gesamtausstoß« von mehr als 300 verschiedenen Plakaten erreicht wurde – so im Ausstellungskatalog nachzulesen. Die Plakate spiegeln die Aktivitäten und Kampagnen gegen Heimerziehung und Psychiatrie, gegen Obdachlosigkeit und Wohnungsnot. Zum Kampf gegen Leerstände und Abrisse gehörten auch die »Aufdeckung von Spekulation, Kritik an Banken und Versicherungen, die daran beteiligt waren«.

Plakate waren dabei für die Herstellung von Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung. Sie informierten direkt vor Ort und funktionierten fast wie die »Sozialen Medien« heute: »Oft wurden sie über Nacht hergestellt und schon im Morgengrauen geklebt.«

Fotos dokumentierten dazu die Aktion, etwa als SSK/SSM die Stadt Köln über leerstehenden Wohnraum informierte und die Stadt wegen

»fehlendem Personal« nicht reagierte. In einem besetzten Haus wurde sofort ein »Beschwerdebüro« zur Unterstützung der Verwaltung eingerichtet.

Ein Hauch von Satire umwehte 1976 auch die Kampagne gegen den Bau des Museums Ludwig neben dem Dom – nicht wegen der Kunst, sondern wegen der Kosten. Man bot dem Stadtrat dazu eine eigene »Kunstschenkung« an und eröffnete als Alternative das »Neue Museum Ludwig« in einer leerstehenden Schule.

Aber auch Positives wurde sofort vermeldet, etwa, als man nach 13 Jahren Besetzung einen Mietvertrag mit der Stadt, der Eigentümerin des Gebäudes, abschließen konnte.

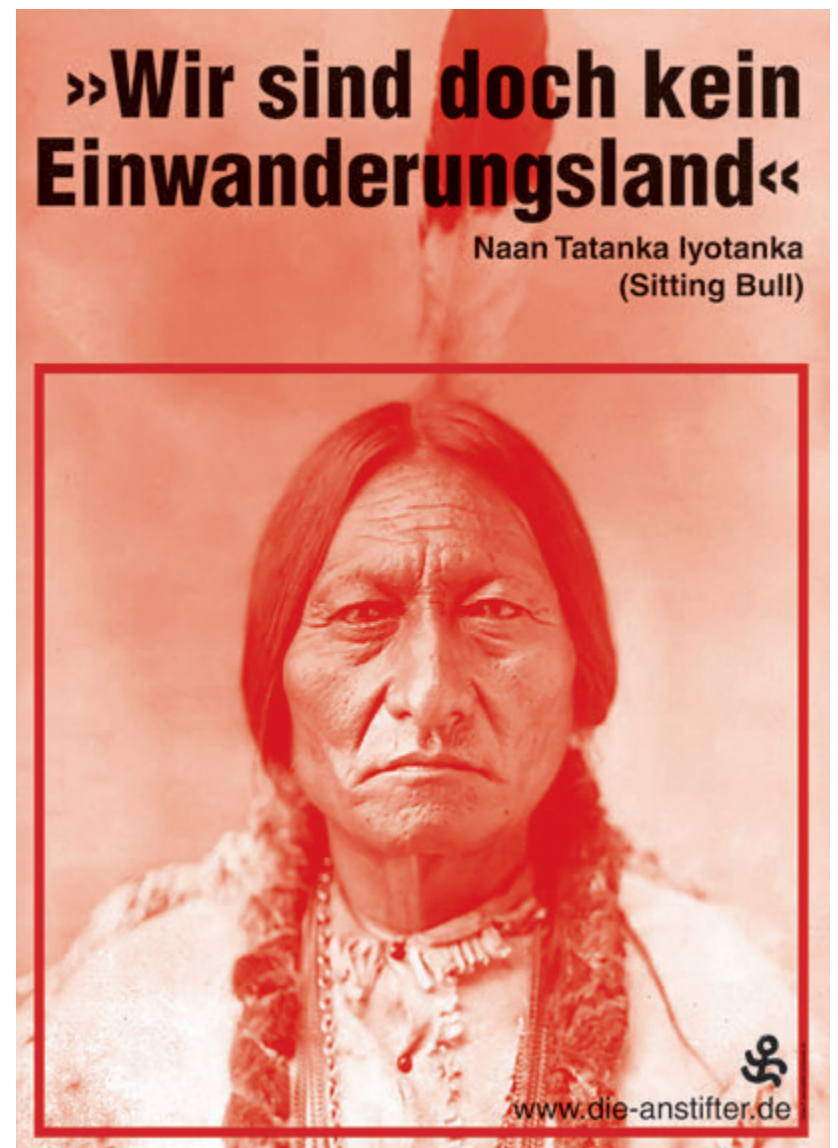
Kunst, Symbolik, Agitprop

Wenn denn »die Straße« oder »der öffentliche Raum« Nährboden und Wirkungsstätte des politischen Plakates ist und es »aus diesem Paradies« nicht vertrieben werden darf, wie Louis F. Peters als »Sammler der politischen Plakatkunst im Umfeld des Pariser Mai '68« im Ausstellungskatalog vermerkt, bleibt die Frage, was die Qualität von Plakaten in heutigen digitalen Zeiten ausmacht. Ohne Zweifel ist der analoge Raum auch heute noch von Bedeutung. Bilder oder Plakate können Aufmerksamkeit erringen und dabei auf Informationen hinweisen, vielleicht Denkprozesse anstoßen, mehr noch: »Hier geht es nicht nur um bloße Aufklärung und Meinungsvermittlung, und es muss überzeugt und mitgerissen werden«, so Peters. Dazu gehört eine gewisse spielerische Kreativität ebenso wie eine gewisse Distanz zu kommerziellen Angeboten. Gefragt ist ein »Ideenschmuggel«, denn, so wiederum Martin Stankowski im Katalog zusammenfassend: »Das Medium ist nicht die Botschaft, sondern fügt sich der Botschaft, der Absicht und dem Nutzer.« Es gilt also, genau hinzusehen.

Die Ausstellung »Anschläge. 5 Jahrzehnte politische Plakate in Köln« ist vom 31. Oktober bis 24. November 2021 jeweils mittwochs und freitags von 17 bis 19 Uhr, samstags von 14 bis 17 Uhr und sonntags von 11 bis 14 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Ort: Kunsträume Horbach,
Wormser Str. 23,
50677 Köln

Der Katalog zur Ausstellung: Jochen und Martin Stankowski »Anschläge. Plakate aus 5 Jahrzehnten« ist im Verlag der Buchhandlung Walther König in Köln erschienen.



▲ Plakat 2015. Das Bürger*innen-Projekt »Die AnStifter« gibt seit 1989 Denkanstöße für eine interkulturell-tolerante Gesellschaft. Seit 2003 vergeben die AnStifter*innen den Stuttgarter Friedenspreis.
Entwurf: Jochen Stankowski

Kölner
VolksBlatt:
Januar / 1976 Bürgerinitiativen informieren 2 Mark



▲ Titelseite des Kölner VolksBlatts vom Januar 1976. Das Blatt wurde von den vielen Bürgerinitiativen monatlich als Blatt »von unten« herausgegeben, um darüber zu informieren, was in der damaligen Presselandschaft nicht zu finden war. Die alternative Zeitung erschien von 1974 bis Ende der 90er Jahre.
Montage: Gernot Huber

In der nächsten Ausgabe findet ihr wie gewohnt auf der Seite 15 unsere Rezensionsseite.

ANZEIGE



TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

AUSSTELLUNG

Kapitalismus ins Museum

donnerstags 17-20 Uhr
samstags & sonntags 14-18 Uhr
(Berlin)

Kapitalismus - das ist sowas wie Freiheit, oder nicht? Aber jetzt stell dir vor, du wachst auf und der Kapitalismus ist vorbei. Was hat sich verändert? Ist die Welt ein bisschen besser geworden? Was heißt das für die Wirtschaft? Würden wir noch arbeiten? Und wer bestimmt jetzt über die Gesellschaft, in der wir leben? Lass es uns gemeinsam entdecken. Es ist ein Erkunden von dem, was um uns ist - um zu begreifen, was es sein könnte. Eine Reise zum Verstehen und zum Vorstellen, zum Gestalten, Diskutieren und Träumen.

Ort: Museum des Kapitalismus, Köpenicker Str. 172, 10997 Berlin
Info: <https://bit.ly/3mVPOcm>

WORKSHOP

» Im Netz der Spinner «

16. November, 15.30 Uhr
(Online)

Soziale Netzwerke und Messenger werden leider immer öfter für Mobbing, Diffamierungen, Hate Speech und Fake News missbraucht. Das Internet wird zunehmend zu einem Ort, um Beleidigungen und Unwahrheiten zu verbreiten. Es wird immer wichtiger, Fake News zu erkennen und diese auch zu melden. Wie das genau geht, sich in Communities zu organisieren, Fake News zu enttarnen, in Chats zu widersprechen und wo eine Meldung oder Anzeige sinnvoll sein kann, wird der Medienpädagoge Heiko Wolf zeigen. Der Workshop wird me-

thodisch abwechslungsreich mit (Klein-)Gruppenarbeiten sowie Plenumsdiskussionen gestaltet.

Info: <https://bit.ly/3jac3tQ>

FAU WORKSHOPS

Schwarz-Rotes Wochenende 2021

19. bis 21. November
(Düsseldorf)

Drei Tage mit zahlreichen Veranstaltungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Anarchosyndikalismus, mit Raum zum Diskutieren, Lernen und Organisieren. Je nach Entwicklung der Pandemie finden die Veranstaltungen im V6 statt. Es ist aber auch geplant, sämtliche (!) Veranstaltungen online zugänglich zu machen. Fragen zum Lokal, zu den Veranstaltungen sowie Anmeldungen bitte an: faud-srw@fau.org

Ort: V6, Volmerswertherstr.6, 40221 Düsseldorf
Info: <https://bit.ly/3vkeqzb>

KINO

» Auf der Suche nach der Utopie «

23. November, 19 Uhr
(Mainz)

Filmvorführung in Anwesenheit des Regisseurs Georg Gläser. Die DIY-Punk-Szene als reale Utopie, als ein Netzwerk von Räumen, in denen transformative Praxen erprobt und solidarische Beziehungsweisen aufgebaut werden können? Die Band pogendroblem begab sich auf die Suche nach Utopien der subkulturellen (radikalen) Linken und sprach mit Musiker*innen, Veranstalter*innen, Zine- und Radioredakteur*innen,

Labelbesitzer*innen und natürlich ganz vielen Punx. Im Anschluss an den Film findet eine Diskussion mit dem Regisseur statt.

Ort: Haus Mainusch, Staudingerweg 23, 55128 Mainz
Info: <https://bit.ly/3ILY8w0>

VORTRAG & DISKUSSION

Buen Vivir und die Lage in Bolivien

24. November, 18 Uhr
(Nordhausen)

Am Beispiel Boliviens werden die Auseinandersetzungen um das Konzept des Buen Vivir und das gegenteilige Konzept der Entwicklung mit Hilfe des Neo-Extraktivismus und der wirtschaftlichen Expansion verdeutlicht. Hier geht es um die grundsätzliche Frage des weiteren Entwicklungswegs einer Gesellschaft. Diese Frage betrifft fast alle Staaten des Globalen Südens - und, wenn auch in etwas anderer Form, die Menschen im Globalen Norden.

Ort: Schrankenlos e.V., Barfüßer Straße 32, 99734 Nordhausen
Info: <https://bit.ly/3pbGvIc>

Der Antiziganismus der »sauberen Deutschen«

25. November, 19 Uhr
(Stuttgart)

Über die immense Bedeutung des Pogroms von 1992 in Lichtenhagen für den Rassismus des wiedervereinten Deutschlands ist man sich im Grunde genommen einig. Dass jene Ausschreitungen jedoch vor allem das Ergebnis der antiziganistischen Gerüchte und Ressentiments waren, mit denen

Politik und Medien bereits seit 1990 gegen asylsuchende Rumän*innen hetzten, ist weitestgehend unbekannt. Auf der Grundlage einer Auswertung von über 600 Lokalzeitungsartikeln widmet sich der Vortrag einerseits einer sozialpsychologischen Untersuchung jenes Antiziganismus, der die Asylbewerber*innen kollektiv zur Negativfolie der fleißigen und sauberen Deutschen machte. Andererseits soll das Pogrom als konformistisches und massenpsychologisches Phänomen gedeutet werden, hinter dem sich der Wunsch verbirgt, endlich wieder richtig deutsch sein zu dürfen.

Ort: Laboratorium, Wagenburgstr.147, 70186 Stuttgart
Info: <https://bit.ly/3j97Tmd>

STRASSENLEBEN

Obdachlose zeigen ihre Stadt

4. Dezember, 15 Uhr
(Düsseldorf)

Wohnungslosigkeit! Armut! Sucht! Straßenleben! Begriffe, die wir kennen. Aber was genau verbirgt sich dahinter? Wie kommt es dazu und welche Menschen stehen hinter diesen Begriffen? Lernen Sie bei unserer Stadtführung Düsseldorf aus einer anderen Perspektive kennen. Unsere Stadtführer*innen sind Verkäufer*innen der Obdachlosenzeitung fiftyfifty und waren selbst auf der Straße Zuhause. »Strassenleben« soll das Verständnis für Wohnungslosigkeit und Armut stärken und zeigt, dass Düsseldorf nicht nur eine Stadt der Reichen ist, sondern eine Stadt der starken Kontraste.

Startpunkt: Büro von fiftyfifty, Höhenstraße 51, 40227 Düsseldorf
Info: <https://bit.ly/3BQVWCg>

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
contrast, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrast.org
Verein: vorstand@contrast.org
Redaktion: redaktion@contrast.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contrast-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN:
Ulrike Kumppe
ulrike.kumppe@contrast.org

REDAKTION BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contrast.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contrast.org

REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contrast.org

REDAKTION HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
regine.beyss@contrast.org

REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contrast.org

Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contrast.org

REDAKTION LÜNEBURG:
Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
ulifrank@unverdient.de

REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
kontakt@finkenburg.info

REDAKTION GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contrast.org

ANZEIGEN
Kai Böhne
anzeigen@contrast.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
abos@contrast.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
layout@contrast.org

TERMINE
Hans Wieser
termine@contrast.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
<https://netz.coop>
webmaster@contrast.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @contrast_organ
Mailingliste: <https://lists.contraste.org/sympa/info/contrast-liste>

ANZEIGEN

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

jetzt an Deinem Kiosk!

Montag – Freitag 1,90 €, Samstag 2,30 €

Alle Verkaufsstellen unter:
www.jungewelt.de/kiosk

express

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 9/21 u.a.:

- Stefan Schoppengerd: »Symptome und Kur« – Berliner Krankenhäuser in Bewegung
- Anton Kobel: »Nach Applaus nun Reallohnabbau?« Die Tarifrunde im Einzelhandel in Zeiten von Corona
- »Bei allen Differenzen: keine Einschränkungen des Streikrechts« – Streik und GDL-Tarifabschluss bei der Deutschen Bahn AG
- Thorsten Schulten: »Mindestens mittelniedrig« – Beim Mindestlohn zeigen sich in aller Deutlichkeit zwei politische Lager
- Harald Rein: »Hartz IV vor dem Ende?« – Transformation in alter Richtung, Beispiel SPD und Grüne
- Rolf Kliche, Nadja Rakowitz: »Neuer Autoritarismus« – Interview mit J. Milios über die Entwicklung von Regierung und Protest in Griechenland

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per eMail oder Telefon bestellen

anti atom aktuell

Das Salz zurück in die Erde

Berichte Meinungen Analysen aus der antiAtom-Bewegung rund um den Erdball

werde Fördermitglied! <je nach Geldbeutel>

anti atom aktuell

Tollendorf 9 | 29473 Gohrde | www.anti-atom-aktuell.de

Ossietsyky

Zeiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegieriger Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietsyky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

jetzt abonnieren ab Heft 1/2021

www.ossietzky.net

Ossietsyky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

seit 1905 Die Schaubühne seit 1918 Die Weltbühne

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:

koordination@contrast.org